



„Aldemokrat

Zentrum der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

9. Jahrgang.

Mittwoch, 23. Oktober 1929.

Nr. 248.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
jährlich 192.—

Abrechnung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich 800.

Es geht um die Schule!

Die Wahlen und die drohende Gefahr der Verklerikalisierung unserer Schule.

Vor dem Umsturz stand im alten Oesterreich die Schule vollständig im Banne des Klerikalismus. Die Eltern waren nicht nur gezwungen, ihre Kinder in den Religionsunterricht zu schicken, sondern sie mußten sie — ohne Rücksicht auf die Einstellung des Elternhauses — an allen religiösen Übungen teilnehmen lassen. Die Abwesenheit vom Sonntag oder feiertäglichen Gottesdienste, von Beicht oder Kommunion wurde mit denselben Strafen belegt, wie die Versäumnisse vom Schulunterricht.

Religion war nicht nur der erste Gegenstand auf dem Schulzeugnisse — wie dies ja auch heute noch der Fall ist — sondern der Religionslehrer nahm auch in der Lehrerkonferenz die erste Stellung ein, er beherrschte sozusagen den Lehrplan und eine Opposition gegen diese seine Vorrechtstellung galt geradezu als Hochverrat.

Wer erinnert sich nicht der ersten, zielbewußten Kämpfe, die der Verein „Freie Schule“ gegen diese Zustände, besonders aber gegen den Zwang der Teilnahme der Kinder an den religiösen Übungen, geführt hat, die aber — auch intellektuell hochstehende Geister des deutschen Bürgertums waren mit an der Spitze gestanden — zu keinem praktischen Erfolg führten.

Der Umsturz brachte da rasche Wandlung. Mit den tschechischen sozialistischen Parteien und wohl auch mit den Nationaldemokraten und tschechischen Agrariern von damals war ein freier, heiliger Geist in die gestehende Körperlichkeit des tschechoslowakischen Staates gezogen und der tschechische Sozialdemokrat Sabrman wurde Unterrichtsminister. Eine seiner ersten Taten war die Aufhebung des Zwanges zu den religiösen Übungen und die Uebertragung des Rechtes an die Lehrerkonferenz, zu beschließen, ob und inwieweit sich die Mitglieder des Lehrkörpers an der Ueberwachung der freiwillig zu den religiösen Übungen erscheinenden Kinder beteiligen wollen. Die Bestimmung des Reichsschulgesetzes, daß der Leiter der Schule derselben Konfession angehören müsse, wie die Mehrzahl seiner Schüler, wurde aufgehoben, durch den sogenannten „Kanzelparagraph“ der Mißbrauch der Kirche zu den politischen Zwecken der Klerikalen verboten.

Im Jahre 1922 wurde der Religionsunterricht für wahlfrei erklärt und die Eltern von der Verpflichtung, ihre Kinder in den Religionsunterricht schicken zu müssen, entbunden.

Es war auch dies ein Werk der tschechischen Sozialdemokraten, die damals noch in der Regierung gewesen sind, die letzte freiheitliche Tat der internationalen tschechischen Koalition.

Unter der Herrschaft des Bürgerblocks ist es freilich wesentlich anders geworden.

Die Verteidigung gemeinsamer Besitzinteressen hat bei den Nationaldemokraten wie bei den tschechischen Agrariern die einstmalige freiheitliche und antiklerikale Gesinnung vollständig ausgelöscht. Dazu kommt besonders bei den tschechischen Agrariern die Furcht vor der Konkurrenz der tschechischen Volkspartei, der tschechischen Klerikalen, daß sie unter Spekulation auf den stark religiösen Einschlag bei der tschechischen Landbevölkerung ihnen auf dem flachen Lande die Wähler abgeben könnten. Kandidiert doch die tschechische Agrarpartei diesmal ins Parlament Priester, deren drei an sehr aussichtsreichen Stellen! Genau so steht es mit den deutschen Agrariern.

So sind die nichtklerikalen Regierungsparteien im Kampfe gegen die Klerikalen nun so gut wie lahmgelagert.

Um so dreister wurden natürlich die Klerikalen Parteien in der Koalition, die tschechische Volkspartei, die slowakische Volkspartei und die deutschen Christlichsozialen! Die Schwäche ihrer „Freiheitlichen“ (!) Koalitionsgenossen rücksichtslos auszunützen, treten sie immer schärfer und schärfer mit ihren Forderungen hervor!

Sie begnügen sich nicht mehr damit, die Aufhebung der Sabrman'schen Erklärungen über die religiösen Übungen zu fordern und die Wiedereinführung des obligaten Religionsunterrichts zu verlangen. nein, offen und laut erheben sie

den Ruf nach der konfessionellen Schule! Die Kinder sollen nach Konfessionen getrennt nur durch Lehrer derselben Konfession

unterrichtet, erzogen und natürlich — soweit dies der Lehrer nicht imstande ist — konfessionell verhebt und zur Unduldsamkeit gegen Andersgläubige und Konfessionslose erzogen werden. So sollen die Nationen durch die konfessionelle Schule geistig verrotzt, die religiösen Gegensätze in der Bevölkerung wieder aufgerissen und konfessioneller Haß unter das Volk getragen werden.

Die Nation soll nicht nur nach politischen, sondern überdies auch nach konfessionellen Parteien gespalten werden! Daß durch eine solche Zerküftung und durch das Emporlodern der religiösen und konfessionellen Zwietracht gerade die an Einfluß im Staate ohnedies so arme deutsche Nation bei uns noch mehr zurük-

ge an die Christlichsozialen zu verlernen fürchten, falls sie deren Forderungen zu trotzen wagen.

Die deutsche Gewerkepartei hat sich für die Wahlen vorweg mit den Christlichsozialen koalitiert und wird naturgemäß dann im Parlament auch mit deren Schulforderungen durch dick und dünn gehen!

Diese beiden Regierungsparteien haben ja auch für die Erhöhung der Kongrua gestimmt und für die Gehaltsverhöhung der Priester aus Staatsmitteln, anstatt aus den Reichstümern der Kirche! Sie werden also, wenn auch nicht offen, für die konfessionelle Schule und für alles, was damit verbunden ist, eintreten, aber keinesfalls den anmaßlichen klerikalen Ansprüchen entgegenreten!

Und die deutsche Nationalpartei?

Auch von dieser ist ein Kampf gegen einen klerikalen Vorstoß nicht zu erwarten, denn diese Partei hat hinsichtlich ihrer Stellung zum Klerikalismus eine grundlegende Wandlung durchgemacht. Vor 30 Jahren, da waren die

Briand von der Kammer gestürzt.

Weil er eine Debatte über den Young-Plan und die Rheinlandräumung nicht zulassen wollte.

Paris, 22. Oktober. In der heutigen Eröffnungsitzung der Kammer erlitt die Regierung Briand mit 288 gegen 277 Stimmen eine Niederlage.

Dies geschah nach einer erregten Debatte, in welcher die oppositionellen Redner Ronzignoli, Mandel und Louis Marin forderten, die Kammer möge sofort an die Behandlung der Interpellationen, betreffend die Haager Konferenz, den Young-Plan, die Rheinlandräumung und die Saarfrage schreiten. Ministerpräsident Briand widersetzte sich dieser Forderung, indem er anführte, die Würde der Regierung würde herabgesetzt, wenn das Parlament über die internationalen politischen Probleme verhandeln würde, über deren Lösung die Regierung gerade erst mit den Regierungen anderer Staaten verhandle.

Schließlich einigte sich die Opposition auf die Forderung, daß die Aussprache über die Außenpolitik am 15. November beginne. Briand spricht sich gegen den Antrag aus und verlangt die Verschiebung der Debatte bis zu dem Zeitpunkt, wenn der Young-Plan von den Regierungen definitiv angenommen sein werde. Er stellt deshalb die Verzögerungsfrage.

Unter allgemeiner Aufregung und Unruhe schreitet das Haus zur Abstimmung. Die Sozialistisch-Katholiken und die Kommunisten

stimmen geschlossen gegen die Regierung. In der Mitte und auf der Rechten geben die meisten Deputierten für die Regierung günstige Stimmzettel ab, doch stimmen einzelne, insbesondere Freunde Marins, gegen das Kabinett.

Der Sozialistenführer Leon Blum, der das Ergebnis der Abstimmung voraussah, machte übrigens in seiner Rede darauf aufmerksam, daß die Stimmabgabe der Sozialisten gegen die Regierung Briand nicht als Verzweiflung der Haager Abkommen im Auslande angesehen werden dürfe.

Nach einer kurzen Pause teilt der Kammerpräsident Dousson mit, daß der Antrag des Deputierten Montigny mit 288 gegen 277 Stimmen angenommen wurde.

Alle Minister erheben sich sofort von ihren Sitzen und verlassen mit dem Ministerpräsidenten Briand den Saal. Die Regierung redigierte sofort gemeinsam das Schreiben, mit dem sie ihre Demission einreicht.

Am 19. Uhr 25 wurde Ministerpräsident Briand in Begleitung der Minister im Châteaurois empfangen, wo er dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts überreichte. Der Präsident nahm die Demission an. Es werden morgen die Beratungen zur Lösung der Krise beginnen.

gemiesen wird, bedarf nicht erst eines Beweises.

Und die Lehrer? Sie sind nach dem Umsturz von der tatsächlichen, wenn auch nicht mehr gesetzlich begründeten Abhängigkeit von der Kirche und den Religionsgenossenschaften, die im alten Oesterreich bestanden, befreit worden.

Die Schulpläne der klerikalen Parteien ohne Unterschied der Nation, sie würden im Falle ihrer Verwirklichung die Lehrer in den Zustand zur Zeit der Konkordatschule zurückversetzen.

Nicht der Staats-, sondern der Kirchenbehörde unterstellt, gerieten sie wieder in volle Abhängigkeit vom Pfarrhofs, würden sogar Resner- und Küsterdienste verrichten müssen und wenn man vielleicht auch diese „Arbeiten“ ihnen nicht mehr zuzumuten wagte:

Nicht Volksaufklärung, sondern Einschleierung der geistigen Ansäen der Kinder wären ihre Aufgaben.

Und darum müssen die Wähler bedenken, daß es bei den kommenden Wahlen auch um die Aufrechterhaltung der Neuschule, um die weltliche Erziehung und den weltlichen Unterricht, wie auch um die Freiheit des Lehrers und in weiterer Hinsicht um eine fortschrittliche Schulreform geht!

Von den bürgerlichen deutschen Parteien können, wie bereits festgestellt worden ist, die deutschen Agrarier zur Abwehr der klerikalen Schulpläne nicht in Betracht kommen, weil ihnen vor der klerikalen Konkurrenz bei der sehr konkurrenz empfindlichen deutschen Bevölkerung des flachen Landes bangt, die

„Aldemokraten“, wie sie sich damals nannten, und dann später auch noch die unter den Abgeordneten Volkführung stehende „Deutschkatholische Partei“ — tatsächlich stramm antiklerikal. Sie inszenierten die „Los von Rom“-Bewegung und wählten damit den wirksamsten Schlag gegen den österreichischen Klerikalismus zu führen. Aber heute? Die deutsche Nationalpartei, der Rechtsnachfolger der ehemaligen Deutschradikalen in den Sudetenländern, sie hat jeden Kampf gegen den Klerikalismus vollständig eingestellt. Sie kämpft mit Haß und Eifer gegen die deutschen Sozialdemokraten, aber in bezug auf die klerikalen Schulforderungen ist ihre Parole schon seit dem Umsturz: „Feuer einstellen!“

Die einzige deutsche Partei, die tatkräftig und entschlossen gegen den katastrophalen Rückschritt, den die, wenn auch nur teilweise Erfüllung der klerikalen Wünsche bedeuten würde, bis zum äußersten zu kämpfen gewillt ist, ist die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sie allein bildet in der deutschen Bevölkerung das mächtige Bollwerk, an dem sich die klerikale Welle brechen wird.

Für welche bürgerliche Partei auch immer die Stimme abgegeben wird, sie bedeutet unter allen Umständen eine direkte oder indirekte Stärkung des Klerikalismus.

Wer also will, daß die Räume der schwarzen Wolke nicht in den Himmel wachsen und das Gespenst der Konkordatschule gebannt wird, dem bleibt nichts übrig, als am Wahltage seine Stimme abzugeben für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei!

Bürgerblut und Wirtschaft.

Auf der Suche nach Wahlschlagnern hat die christlichsoziale „Deutsche Presse“ am 17. Oktober die Entdeckung gemacht, daß sich durch die wirtschaftliche Tätigkeit des Bürgerblods „viel, sehr viel zum Besseren für die werktätige Bevölkerung geändert hat“. Obwohl diese mehr als verwegene Behauptung bei den arbeitenden Menschen, deren Lebenshaltung sich unter dem Blockregime fühlbar verschlechtert hat, nur ein jörniges Lachen auslösen kann und dieser christliche Wahlschlagn mit schon von vornherein dazu verurteilt ist, an der gerechten Empörung der Massen zu scheitern, verlohnt es sich doch, die ganze Armfälligkeit der Argumentation aufzudecken, mit der das christlichsoziale Zentralorgan seine Erzählungen vom Bürgerblodparadies begründen will.

Wir hatten, ehe wir das Glück genossen, von Rahr-Harting regiert zu werden, nach den Angaben der „Deutschen Presse“ 50.000, 70.000, ja 100.000 Erwerbslose.

„Im Herbst 1926 trat die erste sozialistenfreie Regierung aus Ruder und mit einem Schläge änderte sich das Bild: die Arbeitslosenziffern gingen von Jahr zu Jahr zurück und erreichten ihren Tiefstand von rund 16.000, also von kaum einem Viertel Prozent der Bevölkerung.“

Zunächst einige kleine Belehrungen aus dem volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen ABC. Sie können regierungsideologischen Redakteuren nie schaden. Es geht nicht an, die Arbeitslosenziffern aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Gentler Systems mit der Zahl der gewerkschaftlich unterstützten Arbeitslosen zu vergleichen. Ueberdies betrug im Juli 1929 bloß die Zahl der gewerkschaftlich unterstützten 16.789, die Zahl der bei den Arbeitsvermittlungsdämtern gemeldeten Bewerber 32.701 und auch diese Ziffer gibt keineswegs bei weitem nicht den wirklichen Stand der Arbeitslosigkeit an, da wir keine obligatorische Arbeitsvermittlung haben, ihre Einführung vielmehr vom Bürgerblod sabotiert wird, ebenso wie sich die Mehrheit um das Schicksal der unglücklichen Ausgesteuerten einen Pfifferling kümmert. Aber abgesehen davon: was hat das Sinken der Arbeitslosigkeit mit der „sozialistenfreien“ Regierung zu tun? In der zweiten Hälfte des Jahres 1926 war die Arbeitslosigkeit sehr hoch, obwohl schon damals eine bürgerliche Mehrheit die Wirtschaftspolitik bestimmte. Im Oktober 1926 traten Spina und Rahr-Harting an, aber noch bis zum Juni 1927 herrschte eine schwere Wirtschaftskrise. Das Bild änderte sich also keineswegs „mit einem Schläge“ wegen der schönen Augen Spinas oder der in letzter Zeit so häufig in die Diskussion gezogenen Nase Rahr-Hartings. Mitte 1927 trat dann allerdings eine jähe Konjunkturrucke ein. Als Frucht der Bürgerblodpolitik? Es ist zum Lachen. Vielleicht infolge der Agrarzölle, die unferne handelspolitische Situation wesentlich erschwerten, so daß wir heute weder mit dem verbündeten Jugoslawien noch mit unserem größten Lieferanten und Abnehmer, Deutschland, einen Tarifvertrag haben und wo wir Verträge schließlichen Konten, wie etwa mit Oesterreich oder Ungarn, dies nach der Feststellung des damaligen Handelsministers Recoussa „auf einem erhöhten Niveau“ geschah, so daß also unsere autonomen Agrarzölle eine Erhöhung der verträglichsten Industriezölle der Nachbarstaaten nach sich zogen und unsere Ausfuhr erschwerten. Oder infolge der Reform der direkten Steuern? Die stand damals noch auf dem Papier und konnte überdies, wie England selbst im Budgetauschuss des Senates feststellte, auf die Konkurrenzfähigkeit der Industrie nur einen „indirekten Einfluß“ ausüben, das heißt auf aut deutlich, sie war in dieser Hinsicht für die Rab. Oder infolge der Erhöhung der Rudersteuer? Oder dank den Willkürvorlagen?

Genug, genug. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Bürgerblods waren allein auf nur Hindernisse für eine glänzende Wirtschaftsentwicklung und wenn es dennoch zur Konjunktur kam, so ausschließlich deshalb, weil wir in

eine Weltkonjunktur hineinkamen. Die hauptsächlich bedingt war durch den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, aber auch durch die Ueberwindung der Nachkriegsfolgen in aller Welt. Wenn nun die „Deutsche Presse“ das Verdienst daran für den Bürgerblock reklamieren möchte, indem sie schreibt:

„Es war kein Zufall, wenn mit diesen Tatsachen zeitlich auch die Konjunkturbegehrigsten Jahre im Staate seit seiner Gründung zusammenfielen.“

so erweckt sie damit nur die hochkomische Vorstellung, wie etwa Herr Stenzl die Weltkonjunktur schaffte und macht damit ihre eigene Argumentation lächerlich.

Für uns aber ist das Entscheidende, daß diese Konjunktur lediglich den Kapitalisten vermehrte Gewinne gebracht hat, während die arbeitenden Menschen heute schlechter leben als zuvor. Denn selbst die amtlichen Anzeigenzahlen bestätigen, daß die Lebenshaltungskosten gegenwärtig höher sind, als vor dem agrarisch-merkantilen Experiments, ja höher als unter der unmittelbaren Auswirkung dieses Experimentes Ende 1926. Daran trägt auch die Steuerpolitik des Bürgerblocks ihr volles Maß an Schuld und wenn daher die „Deutsche Presse“ erzählt, daß früher die Steuerlasten von Jahr zu Jahr wuchsen, so muß man ihr nur entgegenhalten, daß Umsatzsteuer, Verbrauchssteuern, Bölle und Reingewinn der Tabakregie im Jahre 1926 fünfzehn Milliarden einbrachten, im Jahre 1928 über 7115 Millionen! Den Banken sind freilich Millionengewinne gemacht worden. Aber nicht nur im Rahmen des Staatshaushaltes verschoben sich die Lasten von den Besitzenden auf die Besitzlosen, sondern durch das Gemeindefinanagebot und die in seinem Gefolge erfolgten Abgabenordnungen wurden auch die kommunalen Lasten fast ausschließlich den Unbemittelten aufgebürdet, während dieses Geseß gleichzeitig die Gemeindevirtschaft ruinierte.

Die Verderblichkeit der Bürgerblockpolitik für die Massen kann also durch keinerlei Bemühungen der „Deutschen Presse“ wendispuziert werden. Aber wo bleiben ihre Ergebnisse für die wirtschaftliche Konjunktur? Denken wir an die schwere Agrarkrise, der die Landhändler nur seine Zollforderungen, die Christlichsozialen nur Lebensarten entgegenzusetzen haben. Denken wir an die Zuckerpolitik des Bürgerblocks, die durch maßlose Ausbeutung des Inlandskonjunktur Exportförderung treiben wollte und doch nicht verhindern konnten, daß unsere Zuckerausfuhr katastrophal zurückgeht. Denken wir an die Krise der Textilindustrie, an der eine verfehlte Handelspolitik und die systematische Untergrabung der inländischen Kaufkraft gleichermäßen schuldig sind. Der Bürgerblock hat die Weltkonjunktur nur zugunsten des ausbeuterischen Profites zu nutzen verstanden, zur Abwehr der drohenden Wirtschaftskrisis aber nichts vorzulehren vermocht.

Mit wirtschaftspolitischen Erwägungen wird die „Deutsche Presse“ den Bürgerblock nicht retten. Sie klagt seine Politik nur um so lauter an und müssen den Entschluß der arbeitenden Menschen noch bestärken, allen Parteien, die diesem Regime unter Preisgabe der Interessen ihrer Wähler gedient haben, die wohlverdiente Niederlage zu bereiten!

Ein brasilianisches Mietshaus.

Roman von Aluizio Azevedo. 48
„Ach, nichts weiter. Ich hab' bloß nachgedacht. Trink doch was.“
Es wurden zwei Gläser gebracht, und nach einer Pause murmelte Firno wieder: „Das ist bestimmt der Grund. Darum war sie in letzter Zeit so sonderbar. Und jetzt — heute —“ Sein Gesicht wurde gelb vor eifersüchtiger Wut. „Aber ich werd's ihr schon beweisen. Ich werd's ihnen beiden beweisen. Neulich hat es noch nicht tief genug gefesselt. Aber laß mich ihn nur wiedersehen. Und das wird noch heute der Fall sein.“
Er goß die brennende Flüssigkeit mit einem Schluck hinunter, sprang auf und starrte seinen Gefährten einen Augenblick an.
„Kein Wort davon zu diesen verdammten Stodfischen, verstanden? Wenn du dein Mundwerk nicht hältst, bekomme ich's mit mir zu tun. Du weißt doch, was das heißt.“
Der junge Aluizio beugte sich, zu versprechen, daß ihm kein Wort entfahren werde.
Seine Aussagen entsprachen den Tatsachen. Jeronymo war an jenem Morgen aus dem Krankenhaus gekommen. Er war dünn und blaß und lief an einem Bambusstock. Haar und Bart waren während seiner Krankheit lang gewachsen, und er hatte geschworen, sie nicht abzuschneiden zu lassen, ehe er nicht ein Gelübde erfüllt hätte, ein Verprechen, das er seinem Stolz und seiner Selbstachtung gegeben hatte. Seine Frau hatte ihn vom Krankenhaus abgeholt. Sie lief schweigend und deprimiert neben ihm her. Die Nachbarn begrüßten ihn freundlich, aber es war kein stürmischer Empfang. Im Gegenteil, als sie den Invaliden sahen, verharren alle in gedämpften Schweigen.
Alle senkten die Stimmen, und Rita Bahiano Augen füllten sich mit unvergessenen Tränen. Biedade führte ihren Mann nach Hause.
„Willst du ein bißchen Bouillon haben?“ fragte sie. „Sicher müßt du dich doch in der nächsten Zeit noch sehr schonen.“
„Oh nein, ich darf mich schon bewegen,“ beruhigte er sie. „Der Arzt hat mir gesagt, ich soll soviel als möglich laufen, um meine Beine zu üben und wieder Kraft zu gewinnen. Ich war so lange im Bett — ich bin ja erst vor einer Woche aufgestanden.“
Nachdem er ein paarmal im Zimmer auf und ab gelaufen war, blieb er stehen und bemerkte: „Was ich haben möchte, ist eine Tasse Kaffee, aber guten, wie ihn Rita macht. Frag' sie mal, ob sie mir nicht welchen machen will.“
Biedade senkte schwer und ging unwillig nach Nummer neun, um die Bestellung auszurufen, sie war tief beleidigt, daß er den Kaffee der anderen bevorzugen.
„Mein Mann möchte etwas von Ihrem Kaffee, er rümpft die Nase über den, den wir zu Hause haben,“ verkündete sie mürrisch. „Er möchte, daß Sie welchen machen. Wollen Sie es tun?“
„Ja gewiß; herzlich gern,“ erwiderte die Bahiano, „ich komm gleich h'über.“
Aber sie brauchte ihn nicht hinzutragen, denn kurz darauf erschien der Steinbrecher selbst und rief ihr von der Tür aus entgegen:
„Ich wollte Ihnen den Weg ersparen, deshalb bin ich hergekommen. Ich darf doch eintreten?“
„Gewiß kommen Sie nur herein, Jeronymo.“
„Ich dachte, es würde hier unten besser schmecken,“ sagte er hinzu und sank in einen Sessel.
„Nun schon sein. Aber mir scheint, Sie haben's darauf abgesehen. Unruhe zu stiften. Ihre Frau ist während auf mich und redet allerhand herum. Ich will aber keinen Janak mit meinen Nachbarn haben. Das müssen Sie einsehen.“
Jeronymo zuckte die Achseln.
„Ames Ding, sie ist ein guter Kerl, aber ich —“ fing er an.
„Mund gehalten, Sie Bösewicht. Trinken Sie Ihren Kaffee und reden Sie nichts Schlechtes weiter. Das ist das Laister der Portugiesen — die Leute heruntermachen.“
Der Steinbrecher grinste, während er den köstlich duftenden Kaffee in kleinen Schlucken trank.
„Oh, ich spreche doch nicht schlecht von ihr, ich sage nur, daß ich nicht viel an ihr finde, was mir gefällt.“ Und er saugte an seinem tropfenreichen Schnurrbart.
„Sie sind genau so roh wie alle anderen. Die Frau, die einem Mann vertraut, ist verrückt. Ich will ganz bestimmt nichts mehr von Männern wissen. Mit dem anderen hab' ich schon Schluß gemacht.“
Ein Zittern ging durch des Steinbrechers Körper.
„Mit was für einem anderen, mit Firno?“
Rita bereute, was sie gesagt hatte und fing an zu stammeln:
„Absolut wertloses Subjekt, ich will nichts mehr von ihm hören.“
„Kommt er denn nicht mehr her?“ erkundigte sich der Portugiese eifrig.
„Der? Na, das würde ich ihm nicht raten. Ich würde ihm nicht die Tür aufmachen. Wenn ich mit jemand gebrochen habe, dann bleib's auch dabei.“
„Ist das wahr, Rita?“
„Was? Daß ich nichts mehr von ihm wissen will? Das ist allerdings wahr. Nie wieder werde ich auf so einen hereinsfallen.“
„Was macht er denn?“
„Weiß nicht; ist mir auch einerlei. Ich bin fertig mit ihm.“

(Fortsetzung folgt.)

Agrarische Unflätigkeiten.

Sinnlose Verleumdungen der Sozialdemokratie.

Die landbändlerische Presse widmet die Zeit, die ihr im Abwehrkampf gegen die Merkantilen und Deutschnationalen noch übrig bleibt, mit Vorliebe gegen uns Sozialdemokraten.

Es ist der alte, dürre „Schimmel“, der hiebei zu Tode geritten wird: die Sozialdemokraten sind Todfeinde der Landwirtschaft und ihr zur Schau gehaltenes Fateresse für dieselbe sei nur Schwindel, Gimpelhaftigkeit. Das Ende des Sermons lautet in der Regel: her mit dem Besen oder Dreschflügel gegen die Sozi!

Um die „Todfeindschaft“ gegen die Landwirtschaft, „nachzutreiben“, druckt die agrarische Presse einige Anträge der sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen aus dem Jahre 1920 ab, die sich mit den damals so dringenden Ernährungsfragen befaßten. Daraus konstruiert man die Verleumdung, daß die Sozialdemokratie insbesondere gegen die kleinen und mittleren Landwirte kämpfe. Die Herren Landbändler läten besser, die unselige Zeit der staatlichen Zwangswirtschaft, die sie fälschlich als sozialistisch bezeichnen, nicht zur Sprache zu bringen. Während es uns darum zu tun war, die wohlhabenden Bauern und reichen Großgrundbesitzer zu zwingen, ihrer gesellschaftlichen Pflicht auf Verpflegung der hungernden Bevölkerung nachzukommen, haben gerade die agrarischen Dorfpropheten die Häusler und Kleinlandwirte am stärksten mit Zwangsanforderungen belastet. Die Zeit, wo die Häusler und Kleinlandwirte im Schützengraben lagen und deren Frauen den Schilannen der agrarischen Dorfgenossen rechtlos ausgeliefert waren; die armen alten Männer ihre Haut zu Markte tragen mußten, die reichen Bauernsöhne infolge Zeichnung von Kriegsanleihe aber beheimfahren konnten, ist noch lange nicht vergessen!

Ganz im Stile bewußter Verdrehungen und Verleumdungen ist auch ein Artikel Plechers aus Nieder-Obersdorf über „das Getreidemonopol unserer Sozialdemokraten“ gehalten, den die „Deutsche Landpost“ vom 15. Oktober groß ausmacht. Darin macht der Herr Plecher, der sich selbst für einen großen Agrarpolitiker halten mag, Stimmung gegen das Staatsmonopol und verhöhnt den Sozialdemokraten ein anzuhängen. Die Schweizer Sozialdemokraten verdächtigt er des Bündnisses mit dem Handelskapital und die reichsdeutschen Sozialdemokraten beschuldigt er, daß sie der Landwirtschaft nicht die nötigen Preise bewilligen wollen. Im Zusammenhang damit bezeichnet Plecher das Getreidemonopol als loschpfeilig, und unrationell; er behauptet, es würde nur den Händlern Vorteile bieten und dergleichen mehr. Bei den Sozialdemokraten sei der Gedanke absolut nichts neues. Der Schlagel werde „oben“ nur angewandt, wenn Aussicht vorhanden ist, daß er zieht, wie z. B. jetzt bei äußerst niedrigen Getreidepreisen oder bei den Wahlen. Also wiederum die Behauptung, die Sozialdemokratie treibe eine unredliche Politik. Dabei haben wir über das Getreidemonopol als eines der Mittel zugunsten der Landwirtschaft gesprochen und geschrieben, als die Preise des Getreides weit über 200 Kronen per Meterzentner standen und absolut keine Wahlen in Aussicht waren. Herr Plecher ist auch so freundlich, den bekannten Antrag Seliger, Cernat und Genossen aus dem Jahre 1920 zu zitieren, der die planvolle Organisierung der Getreideaufbringung mit Hilfe der landwirtschaftlichen Genossenschaften anstrebte. Dieser Antrag bezweckte nach der Auffassung Plechers nichts anderes als

den Uebergang zur planmäßigen Wirtschaft. Wie sich der kleine Morich demütigtes vorstellt!

Jeder, der die sozialdemokratischen Agrarprogramme kennt, weiß es, daß das Getreidemonopol den Zweck hat, den Landwirten durch angemessene Preise zu sichern, ihn also vor Schaden infolge Weltmarktpreisen zu schützen. Dasselbe wollen auch bürgerliche Agrarpolitiker mit dem Getreidemonopol erreichen, wobei lediglich auf Professor Michael Hainisch, den gewesenen österreichischen Bundespräsidenten hingewiesen sei. Dessen eingehende Begründung der Vorteile des Getreidemonopols kann Plecher im Werke Hainisch „Die Landwirtschaft“ gefälligst selbst nachlesen. Die Sozialdemokraten haben also durchaus kein Patent auf das Getreidemonopol genommen, so wie es die Agrarier mit den Böllern taten, die sie als „einziges Mittel“ der Rettung darstellten, wobei sie, wie Figura lehrt, elendlich verkrachten.

Das Entscheidende bei alledem ist jedoch die Tatsache, daß Plecher und die übrigen agrarischen Apostel in der Zeit wirklicher Not der Landwirtschaft aus eigenem nicht einmal einen vernünftigen neuen Gedanken produzieren, wie ihr wirklich geholfen werden könnte. Auch der Artikel Plechers läßt in dieser Hinsicht alles vermissen.

Aber diesem Herrn ist es ebenso wie anderen seines Schlages doch nur darum zu tun, die Sozialdemokratie in den Augen der Landbevölkerung möglichst herabzusetzen, um sie weiter an die agrarische Parteilare zu fesseln. Deshalb auch die Verleumdung, die Sozialdemokratie sei deshalb für das Getreidemonopol, weil sie hofft, bei der Festsetzung der Monopolpreise mehr Bundesgenossen gegen die kleine und mittlere Landwirtschaft zu finden.“ Auf diese Böhrelei zu antworten, fällt uns gar nicht ein; derartige „Politik“ richtet sich in den Augen aller anständigen Menschen von selbst.

Ein herrlicher Gemeindevahltag.

Die Schindlwalder Genossen nehmen den Kommunisten fünf Mandate, den Bürgerlichen ein Drittel ihrer Stimmen ab!

Schindlwald — einer der hauptsächlichsten Wohnorte der Rothauer Eisenwerkarbeiter — wurde bisher zu den Hochburgen der Kommunisten in Westböhmen gezählt. Dort gelang es den Kommunisten sehr rasch, nach der Spaltung Zug zu fassen, indem sie die momentane Bewirung innerhalb der Arbeiterschaft geschickt auszunutzen verstanden. Schon die letzte Betriebswahl im Rothauer Eisenwerk aber zeigte, daß die Arbeiter es nunmehr satt haben, für den kommunistischen Irrsinn zu verbluten. Die sonntägige Gemeindevahl in Schindlwald ergänzte in herrlichster Weise dieses Bild: Die Arbeiter geben der Kommunisterei den längst reichlich verdienten Zugtritt und sammeln sich — zugleich auch die Bürgerlichen aufs Haupt schlagend — im Lager der Sozialdemokratie.

In der Gemeinde Schindlwald im Bezirke Reubel, wurde am Sonntag die Gemeindevahl

unter solchen albernem Verächtlichkeiten ermöglichen die agrarischen Führer vom Schlage eines Plecher (daß Gott erbarm!) nichts Besseres tun. Die Landwirtschaft, die sich geistreiche Gedanken als Wegweiser besitzt, ist aufrecht zu bedauern. Wir Sozialdemokraten brauchen uns um so weniger über die Plechers aufzuregen als es hierzulande Agrarier gibt, die die Möglichkeiten eines Getreidemonopols durchaus nicht ablehnen. Beweis dafür ist ein diesbezüglicher Artikel in der „Prager Presse“ vom 9. Oktober 1929. Dort heißt es: „Voll begrüßen kann die Landwirtschaft nur eine Lösung, die es ermöglicht, daß für das Getreide ein Preis erzielt wird, der den Landwirt befriedigen kann. Nicht mit Unrecht wird darauf hingewiesen, daß für eines der wichtigsten Lebensmittel, den Zuckert, die Preise festgesetzt werden, ebenso wird Spiritus zu festen Preisen verkauft. Dasselbe könnte bei Getreide ermöglicht werden.“ Eine Landwirtschaft, die mit stabilen erträglichen Preisen rechnen kann, könnte im Strudel der Schwankungen der Weltmarktlage auch für unsere Industrie sehr wertvoll sein. Praktische Erfolge werden in der ganzen Frage nur dann erzielt werden können, wenn sich die innerpolitische Lage hierfür günstig erweisen sollte. Diese Erfolge können sich in gleicher Weise zum Vorteil der Landwirtschaft, wie der Verbraucher einstellen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß sich diese günstige innerpolitische Lage bei der Verhandlung der Regelung des Getreideverkehrs leichter herstellen läßt, als dies vor drei Jahren bei der Einführung fester Getreidezölle der Fall war.“

Wird der Agrarier, der diese Neuherungen machte, von Plecher und der „Deutschen Landpost“ auch als Feind der kleinen und mittleren Landwirte denunziert?? Das Gelungenste bei diesen und ähnlichen Verleumdungen unserer Partei ist der Umstand, daß die agrarischen Angreifer bei jeder Initiative, schließlich gezwungen sein werden, bei der sozialistischen Idemwelt eine anerkennliche — Anleihe zu machen, wenn sie überhaupt etwas leisten wollen. Es gilt auch hier das alte Sprichwort: wer schimmt, der kauft!
N. Sch.

Wahlung neu gewählt. Die Wahl endete mit einem überwältigenden Erfolg der deutschen Sozialdemokraten, die ihre Mandatszahl verdoppelte, während die Kommunisten zur Bedeutungslosigkeit herabsanken.

Nachstehend das Wahlergebnis:

| | 1927 | | 1929 | |
|------------------------------------|---------|---------|---------|---------|
| | Stimmen | Mandate | Stimmen | Mandate |
| Sozialdemokraten (und Kleinbauern) | 146 | 5 | 260 | 10 |
| Kommunisten | 189 | 7 | 66 | 2 |
| Bürgerliche | 97 | 3 | 69 | 3 |

Die Bürgerlichen verloren also 28 Stimmen, die Kommunisten verloren 123 Stimmen und 5 Mandate, also zwei Drittel ihres bisherigen Besitzstandes, während die Sozialdemokraten 114 Stimmen und 5 Mandate eroberten, ihre Stärke also verdoppelten.

„Aber haben Sie denn jemand anders?“
„Ich jemand anders? Schwerlich! Ich habe keinen und ich will keinen. Für mich ist's mit Männern Schluss!“
„Warum denn, Rita?“
„Weil es sich nicht lohnt.“
„Aber wenn Sie einen fänden — einen, der wirklich treu und aufrichtig ist —“
„So einen gibt's ja nicht.“
„Aber ich kenne einen, der Sie mehr liebt als alles auf der Welt.“
„Sagen Sie ihm, er solle nur eine andere lieben.“
Aber als sie neben ihm trat, um die leere Tasse wegräumen, sagte er sie um die Taille.
„Passen Sie mal auf — hören Sie mich doch an —“
„Ach, lassen Sie das doch. Ihre Frau könnte es sehen.“
„Ach kommen Sie doch näher.“
„Jetzt nicht.“
„Wann denn?“
„Etwas später.“
„Aber wo?“
„Ich weiß nicht.“
„Aber ich muß doch mit Ihnen reden.“
„Schön, aber nicht so — das macht einen schlechten Eindruck.“
„Aber wo können wir uns denn dann treffen?“
„Ach ich weiß —“
Aber in diesem Augenblick erschien Biedade auf der Türschwelle, und Rita wechselte den Ton, als setzte sie ein ganz anderes Gespräch fort.
„Kalte Bäder sind ausgezeichnet dafür. Sie härten den Körper so gut ab.“
Die niedergeschlagene Ehefrau kam herein und teilte ihrem Manne mit, daß Ze Carlos mit Pataca da sei und daß sie mit ihm sprechen wollten.
(Fortsetzung folgt.)

Macht Schluss mit dem Bürgerblock!

Das Referat des Genossen Dr. Czech in der Teplitzer Massenversammlung.

In der am Montag, den 21. Oktober, im „Hotel Rep:un“ in Teplitz-Schönau stattgefundenen Wählerversammlung probozierten die Kommunisten, wie wir bereits kurz meldeten, einen schweren Zusammenstoß. Die Versammlung war sehr gut besucht, der große Saal und die Nebenräume waren voll besetzt. Schon gegen 7 Uhr abends erschienen kommunistische Trupps, sie konnten jedoch nicht in den Saal, der erst geöffnet wurde, als die „Rote Wehr“ erschien. Gegen 8 Uhr abends dürfen insgesamt gegen 50 Kommunisten im Saal anwesend gewesen sein, darunter auch Frauen. Als ihr Sprecher war Stadtrat Hanzlíček erschienen. Die Kommunisten hatten ihre Anhänger im ganzen Bezirke aufgeföhrt, die Versammlung zu besuchen; mit kleinen vervielfältigten Handzetteln haben sie die Versammlung durchgeföhrt. Es ist uns die sichere Mitteilung aus dem Munde eines Kommunisten zugekommen, daß ihre Partei den Beschluß gefaßt hat, die Versammlung des Genossen Dr. Czech zu besuchen und, wenn nicht volle Redefreiheit erlangt wird, dieselbe zu sprengen. Ein paar Minuten nach 8 Uhr nahm das Präsidium der Versammlung seinen Platz ein. Hanzlíček kam nun zum Vorstehen nach Redefreiheit. Genosse Lorenz erwiderte hierauf, daß über dieses Verlangen die Versammlung entscheiden soll. Diese Lösung gefiel Hanzlíček nicht. Genosse Dr. Czech richtete nun an Hanzlíček die Frage, ob er sich zu dem Flugblatt bekennet, das in den letzten Tagen in Nordwestböhmen verbreitet wurde und wie wir bereits mitteilten, folgenden Passus enthält:

„Tob den sozialfaschistischen Lakaien der Bourgeoisie! Schlaget die Sozialfaschisten, wo ihr sie trefft.“

Die Frage des Genossen Dr. Czech berührte Hanzlíček unangenehm. In die Enge getrieben, erklärte er dann wörtlich: „Man mußte eben darüber reden, warum es notwendig ist, ein solches Flugblatt zu schreiben.“ Mit diesen Worten hat sich Hanzlíček mit diesem Flugblatt identifiziert und den Terror gegen die Sozialdemokraten gutgeheißen. Hanzlíček wurde dann weiter gefragt, ob er die Garantie übernehmen könne, daß die Versammlung ohne Störung zu Ende gehe, wenn er rede und nach ihm Genosse Dr. Czech das Schlußwort spricht.

Auf diese Frage blieb Hanzlíček die Antwort schuldig. Sein Schweigen ist der Beweis, daß die Kommunisten von Anfang an die Absicht besaßen haben, die Versammlung zu sprengen!

Inzwischen steigerte sich die Unruhe der Versammlung. Hanzlíček begab sich von der Bühne wieder in den Saal. In diesem Augenblick setzten die Kommunisten mit dem Sprecher „Wir Kommunisten wollen Redefreiheit!“ ein. Genosse Lorenz erteilte in diesem Lärm dem Genossen Dr. Czech das Wort und versuche, Ruhe zu schaffen. Als Genosse Dr. Czech die ersten Worte sprach, begannen die Kommunisten zu singen. Die Erregung der Versammlung wuchs nun mächtig. In dieser gefährlichen Situation griff die „Rote Wehr“ ein und drängte die Kommunisten zum Saal hinaus. In etwa zehn Minuten war dieses Werk vollbracht. Die Kommunisten griffen dabei unsere Ordner an, schlugen auf sie ein und bedrohten, wie wir schon kurz mitteilten, drei Genossen der „Roten Wehr“. Genosse Cerný, der durch einen Stein erheblich verletzt wurde, muß das Bett hüten. Die Kommunisten hängten nun die Haustüre aus, zertrümmerten die Glasscheiben und warfen Pflastersteine gegen das Vorhaus, in dem die „Rote Wehr“ versammelt hatte. Der Gastwirt rief telephonisch um polizeilichen Schutz. Als Gendarmerie kam, ergriffen die Kommunisten die Flucht. Sie kamen aber immer wieder in kleineren Trupps zurück und suchten Gewalt zu verüben. Dabei wurden zwei Kommunisten erlappt und verhaftet, unter ihnen der Teplitzer Kommunist Weindl, der erwischt wurde, als er die Tür einfassung zertrümmerte. Weindl gehörte der K. P. O. an und ist der Polizei wegen verschiedener Vergehen und Verbrechen sehr gut bekannt, derentwegen er schon wiederholt bestraft wurde.

Die Kommunisten werden am Montag hoffentlich eingekerkert haben, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft eines Bezirkes, in dem sich nahezu 20.000 Menschen zur Sozialdemokratie bekennen, die barbarischen Methoden des kommunistischen Terrors nicht erträgt. Herr Hanzlíček ist der Führer der Kommunisten in diesem Bezirke und es wird sich zeigen, ob bei ihm die Einsicht siegen wird, daß eine sozialdemokratische Bewegung mit dem Mitlein der Gewalt nicht zu hemmen ist. Die Kommunisten haben am Montag versucht fortzusetzen, was sie gemäß Auftrages ihrer Partei in Niedergund bei Warnsdorf begonnen haben. Dort haben sie eine Wählerversammlung unserer Partei am 17. Oktober geföhrt und zwei Genossen durch Messerstiche erheblich verletzt.

Es wurden auch am Montag Kommunisten beobachtet, die mit gezücktem Messer von der

Strafe aus gegen die im Hansfür versammelten Sozialdemokraten vorgehen wollten.

Was die Kommunisten gegen die sozialdemokratische Bewegung injizieren, ist Wahnsinn und führt zu schwerster Schädigung der gesamten Arbeiterklasse. Einsichtsvolle Menschen, denen das Gefühl proletarischer Solidarität noch nicht verflüchtigt gegangen ist, müssen sich angesichts der kommunistischen Praxis, wie sie in diesem Wahlkampfe geübt wird, abwenden. Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft des Teplitzer Bezirkes am 27. Oktober den Kommunisten eine Antwort geben wird, die sie nicht mehr vergessen werden!

Nach Beendigung der kommunistischen Episode erstattete Genosse Dr. Czech folgendes, wiederholt von stürmischer Zustimmung unterbrochenes Referat:

Genossinnen und Genossen! Sie können versichert sein, daß es kein beglückendes Gefühl ist, Zeuge solcher Szenen zu sein, wie sie sich hier abgespielt haben. Aber ein anderer Ausweg ist leider nicht übriggeblieben, zumal der Kommunist Hanzlíček, dem wir das Flugblatt vorlesen und von dem wir verlangen, daß er dazu Stellung nimmt und erklärt, daß er sich mit diesem Appell an die Gewalt nicht solidarisiert, eine solche Erklärung abgelehnt hat. Er sagte, er könne höchstens darüber diskutieren, aus welchen Gründen ein solches Flugblatt notwendig geworden ist.

Mit Worten dieses Schlages läßt sich also nicht mehr diskutieren.

Der beste Beweis, daß wir uns jedem Gegner stellen und uns auch mit Kommunisten auseinandersetzen wollen, ist wohl der Verlauf unserer Saazer Wählerversammlung, wo ich mich, trotzdem es unsere Genossen nicht wollten, dafür einsetzte, daß auch der kommunistische Sprecher zum Worte kam. Die Saazer Genossen kamen dann meinem Wunsche nach. Allerdings wurde dem kommunistischen Redner, nach der Art und Weise, wie er sprach und die Versammlung angriff, schon nach zehn Minuten das Wort entzogen. Das Allgiste an solchen Erscheinungen, wie wir sie heute erleben müssen, ist aber wohl, daß sich die Kommunisten plötzlich auf demokratische Grundsätze berufen und für sich die Redefreiheit reklamieren. Ich besitze hier den Abdruck eines Flugblattes, das von der offiziellen kommunistischen Partei Deutschlands an ihre Vertrauensleute herausgegeben wurde. Es wird darin erklärt, daß die kommunistischen Agitatoren während der Wahl die Klientalen besser behandeln mögen als die Sozialdemokraten (Pfeifer) und vor allem das religiöse Gefühl der christlichen Arbeiter sorgfältig zu schonen haben. In einem Zirkular der KPD. an ihre Vertrauensleute heißt es in einem „Punkt b“ wörtlich:

„Möglichst keine Worterteilung an die Mitglieder des Massenbundes (das ist die kommunistische Opposition) in den von Kommunisten einberufenen öffentlichen Versammlungen. Entwerder tief auf die Rednerliste sehen oder aber nach Schilderung des Charakters dieser Gruppe durch den Vorsitzenden die Versammlung schließen, so daß die Mitglieder der kommunistischen Opposition nicht zu Worte kommen.“

Diese Partei getraut sich nach alledem hier Redefreiheit zu fordern, die sie nicht einmal den Mitgliedern ihrer kommunistischen Opposition gewährt? Das Beste aber wohl ist, daß wir uns durch diese Vorfälle unsere Laune nicht verderben lassen und zum eigentlichen Gegenstand übergehen.

Genossinnen und Genossen! Endlich ist der Tag der Abrechnung mit unsern Gegnern von links und rechts gekommen. Wir haben diesen Tag heiß ersehnt, wir haben die Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie und den Volkshemden gewünscht. Die Auflösung des Parlaments war schon im Jahre 1927 fällig. Es war schon zur Zeit der Gemeindevahlen, welche den Regierungsparteien eine schwere Niederlage brachten, daß wir die Forderung erhoben, die Regierung solle aus dieser Tatsache ihre Konsequenzen ziehen. Aber die Regierung hat sich einfach geweigert, die statistischen Daten des abgeföhrt Gemeindevahlkampfes zu erheben und zu veröffentlichen und erklärt, daß das überflüssig wäre, da ohnehin offensichtlich die Koalitionsparteien die Mehrheit der Wähler hinter sich hätten. Auf diese Weise hatte die Koalition eine Atempause bekommen. Mitte 1928 hätte die Landeswahl stattfinden sollen, aber die Regierung hatte nach den Gemeindevahlergebnissen nicht den Mut, die Wahl zu diesem Termin auszuführen und hat den Wahltermin auf gesetzlichem Wege hinausgeschoben. Damit hatte die Regierung eine zweite Atempause erzwirkt. Die Landwahlen endeten dann mit einer katastrophalen Niederlage der Regierungsparteien, deren Minderheit nun offensichtlich war. Aber wer ein richtiger tschechoslowakischer Demokrat ist, weiß sich zu helfen, und so haben die Herren gefunden, daß die Landeswahlen keine politische Bedeutung haben, weil die Landesvertretungen keine politischen Körperschaften seien. Zum dritten Male war die Koalition gerettet. Was sich seither zugezogen hat, wissen Sie. Die Regierungsparteien haben immer wieder erklärt, absolut nicht weichen zu wollen, weil in der Verfassung eine sechsjährige Periode vorgesehene sei. Bis zu dem letzten Augenblick haben die Regierungsparteien behauptet, daß ihre Situa-

tion günstig sei und daß der Bürgerblock weiter im Amt bleiben werde. Noch drei Tage vor Auflösung des Parlamentes schrieb die christlichsoziale Presse, die Situation sei günstig, und die tschechische Presse hat das Wort immer wieder variiert, die Regierung stehe „na beton“.

Drei Tage darauf hat sich erwiesen, daß dieser Beton Politiker Qualität war (Peiterkeit), daß er nicht dem leisesten Windhauch zu widerstehen vermochte.

Wie war es möglich, daß die Regierungskoalition so plötzlich auseinanderfiel? Die Gefährlichkeit der Koalitionsparteien, der politische Phänismus, der sie alle, auf deutscher wie auf tschechischer Seite, beherrschte, war die Ursache; die Zumutung, daß die kleinen Parteien den Vorspann zu bilden haben für die große Agrarpartei, für die Džbo, für die tschechische Bauernabteilung, wie man so sagte. Drei Tage, nachdem verändert worden ist, daß die Situation für die Regierung günstig sei, flog die Koalition auseinander. Das ist die erste Etappe dieses Zusammenbruchs. Was in den nächsten Tagen geschehen ist, wissen Sie. Es kam der Luka-Prozess mit seinem Urteil, das Ausschneiden der slowakischen Minister aus der Regierung, der Abdrückelungsprozess bei den tschechischen Klientalen durch das Ausschneiden der Gruppe Cukil. Alles das hat der Regierung den letzten Rest gegeben und zur Auflösung und Neuwahl des Parlamentes geführt.

Wir leben in einem merkwürdigen Lande. In einem Lande, in dem man sich politisch absolut nicht zu langweilen braucht. Bei uns wird seit dem Jahre 1923 fast ununterbrochen gewählt; 1923 hatten wir die Gemeindevahl, 1925 Parlamentswahl, 1927 wieder Gemeindevahl, 1928 Landeswahl und 1929 Parlamentswahl; im nächsten Jahre sollen wir Krankenstimmwahlen und 1931 werden wir wieder Gemeindevahlen haben.

Das ist das reinste perpetuum mobile in bezug auf die Maschinerie, das reinste Paternoster. (Peiterkeit.) Die Wahlen sind die unglücklichsten, die unmöglichsten Kombinationen sind zu verzeichnen. Da geben die Gewerbetreibenden einmal als selbständige Gruppe in den Wahlkampf, dann finden wie sie als Anhängel bei den Agrariern, dann wieder einmal bei den Christlichsozialen und wer weiß, wo sie bei den nächsten Wahlen Unterschlupf finden werden. Da haben wir Wahlbündnisse mit gebundenen und ungebundenen Listen, Kandidaten auf Kündigung, die von Haus aus sich in das Kündigungsverhältnis begeben haben, Kandidaten zum Auf- und Abknöpfeln. Da gibt es einen Kandidaten in der tschechischen Intelligenzpartei, der Karodni Demokratie, der nicht lesen und schreiben kann und statt seiner Unterschrift drei Kreuze unter seine Erklärung setzen mußte. Drei Wahlinstanzen mußten zusammenreten, um darüber zu entscheiden, daß dieser Herr doch in der Lage ist, diese Intelligenzpartei im Parlament zu vertreten. (Peiterkeit.) Sie finden einen Kandidaten, der aus geschäftlicher Gewohnheit die Erklärung nicht nur selbst unterschrieb, sondern sie von seinem Prokuristen noch mit unterzeichnen ließ, ja sogar, ein Zigeunerprimas befindet sich auf einer Kandidatenliste. Die Parteibildung und -Atomisierung ist hierzulande eine merkwürdige Erscheinung. In einem Orte bei Trautauan fanden unlängst Gemeindevahlen statt. Dort ist eine Kanalpartei aufgetreten, deren einziger Programmpunkt die Frage der Kanalisierung des Ortes ist. Wir haben in diesem Staate auch einen Verein der Novake, der über 11.000 Mitglieder haben soll, also beinahe einen halben Abgeordneten aufbräute. Es würde mich gar nicht wundern, wenn bei irgendeiner Wahl auch dieser Verein kandidieren würde. Dies ist die heitere, aber auch traurige Seite des Wahlkampfes. Es gibt aber auch eine ernste Seite, und das sind die Formen des Wahlkampfes. Der Wahlkampf befindet sich auf einem abgrundtiefen Niveau und zeitigt häßliche Erscheinungen. Ich rede nicht davon, daß man den Gegner nicht immer mit Glasgeschüssen anpackt; aber es gibt Lügen, Verleumdungen, Verdrehungen, Hochverratsgeheiß, Verdrähtelungen, Apachenmethoden. (Zustimmung.) Und damit auch der Humor wieder auf seine Rechnung kommt, will ich nur auf den Froschmäulerkrieg verweisen, der sich zwischen den Landbündlern und Christlichsozialen um die Rufe des Herrn Ministers Mahr-Garting abspielt, von dem man behauptet, daß sie jüdisch gekrümmt ist, worauf Kaffas Rufe in die Diskussion kam, wobei sich dann herausstellte, daß beide, Mahr-Garting und Kaffa, gekaufte Brüden sind. Darauf stritt man wieder, wer von den beiden länger getauft ist, wobei wieder die Frage ungelöst blieb, wer besser getauft ist. Dabei hat sich die Wahrheit des alten Sprichwortes ergeben: es ist halt in diesem Lande jeder mit Israelliten verwandt. (Peiterkeit.)

Run etwas über die Bedeutung der Wahl: Wenn jemand sagen wollte, daß für uns dieser Wahlgang nichts anderes bedeutet, als eine politische oder parlamentarische Kraftprobe, so würden wir uns dagegen mit aller Entschiedenheit verwehren. Es ist richtig, daß sich die Mehrheits- und Regierungsbildung nach den Ergebnissen der Wahl vollziehen wird, aber Genossen, für uns hat die Wahl eine ganz andere Bedeutung.

Für uns bedeutet diese Wahl die Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Bourgeoisie.

(Zwischenrufe: Sehr richtig!) Für uns sind die Wahlen eine willkommene Gelegenheit zur Abrech-



Ist die Listennummer der Deutschen Sozialdemokratie!

nung mit den Imperialisten und Militaristen dieses Landes.

Für uns bedeutet die Wahl die Plattform zur Auseinandersetzung mit den Nationalisten aller Schattierungen und zur Abrechnung mit den gelben und roten Verfallshern des Sozialismus.

(Beifall.) In dem Augenblicke, wo sich alles gegen uns erhebt, wo sich alle Kräfte gegen den Marxismus einigen und sich ein konzentrischer Angriff der Bourgeoisie und des Volkshemden gegen die Sozialdemokratie richtet, haben wir nicht die Aufgabe, uns über parlamentarische oder politische Konstellationen den Kopf zu zerbrechen,

sondern der Weltanschauung der anderen die unsere entgegenzusetzen, unsere Weltanschauung mit unserem Verstand zu verteidigen. (Starker Beifall.)

Das ist der Sinn des Kampfes: Eine Wahlschlacht zu liefern, die unseren Gegnern unergewissen bleiben soll.

Die Auswirkungen der Wahl in politischer und parlamentarischer Richtung wird sich dann von selbst ergeben. Wir handeln so, indem wir die Bedeutung der Wahl herauskristallisiert haben, nach dem Lassalle'schen Worte: Vorläufig alle Kräfte auf den einen Punkt zu konzentrieren, das heißt auf die Niederwerfung des internationalen Bürgerblocks.

Die Bürgerlichen stellen die Frage anders. Sie zerbrechen sich den Kopf, wie es die Sozialdemokraten mit dem Eintritt in die Regierung machen werden. Ich habe vor drei Tagen einen Artikel in der „Deutschen Landpost“ gelesen, der mit Riesenlettern schrieb: „Dr. Czech, jetzt werden Sie springen!“ Die Wahl, so sagen sie, heißt für uns: hier robus, hier salta! Aber Genossen, vor allem springe ich, wenn ich will. (Peiterkeit.) Es ist noch etwas anderes dort zu lesen, nämlich, daß, wenn ich springe, die Sache schlecht ist, und wenn ich nicht springe, so ist sie auch schlecht. Was mich ich also anders machen, als mit einem Strick laufen? — Aber Genossen, da gebe ich lieber den anderen den Strick. Ob wir springen werden, ist nebensächlich, aber daß wir kein solches salta mortale, wie die Regierungspartei, machen werden, ist gewiß.

Wenn wir so die Bedeutung der Wahlen unterschrieben haben, müssen wir als eine Arbeiterpartei die Dinge nicht oberflächlich, nicht nur aus dem politischen oder parlamentarischen Gesichtskreis betrachten, sondern ihnen auf den Grund gehen, die außenpolitische und internationale Lage prüfen, und die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Kopf geben lassen, die innenpolitischen Zustände betrachten, und zwar in einer Weise, daß sich jeder Arbeiter selbst eine Meinung darüber zu bilden vermag, was richtig ist. Reden wir zunächst einmal über

Die internationale Situation.

Ich möchte vorausschicken: Es unterliegt keinem Zweifel, daß auf lange Zeit noch eine Befriedung Europas nicht zu erwarten ist, daß die Kriegsgefahren nicht gänzlich sind und daß es noch immer an einem oder dem anderen Punkt zu Zusammenstößen kommen kann. Es ist klar, daß am Militarismus kein Mann und kein Groschen abgebaut wurde und daß man auf lange Zeit hinaus vorläufig noch mit dem Militarismus, der grundlegenden Einrichtung des kapitalistischen Staates, zu rechnen haben wird. Eines aber müssen wir sagen: daß nämlich, seitdem die englische Arbeiterpartei am Werke ist und an Stelle Waldwins MacDonald getreten ist,

eine Entspannung der internationalen Situation eintrat.

Die Reparationsfrage wurde geregelt, Deutschlands Leistungen wurden endgültig festgesetzt, und wenn es auch richtig ist, daß die Hauptlast der Reparationen die Arbeiter zu tragen haben, so war doch die frühere Lage viel schlimmer, weil die Gefahr bestand, daß sie endlos werden konnten müssen. Aber Genossen, die Frage der Lastenüberwälzung in Deutschland ist ein Problem, das die Arbeiterschaft selbst lösen kann. Finden die Arbeiter Deutschlands die Kraft, die Schädiger des Proletariats abzuschütteln, alle im Proletariat schlummernden Kräfte zu sammeln und gegen die kapitalistische Bourgeoisie zu führen, dann wird es ihnen möglich sein, einen großen

Teil der Lasten den bestehenden Schichten aufzubürden.

Wir sehen eine zweite Tatsache: Seit zehn Jahren bemühen sich alle Kräfte in Deutschland, das Rheinland freizubekommen. Aber alle Bemühungen waren vergebens.

Ein anderes Beispiel: Die Saarfrage ist ein wunder Punkt im deutsch-französischen Problem.

Der englische Ministerpräsident MacDonald befindet sich jetzt in Amerika, um über den Anfang einer Abreise zur See zu verhandeln.

Das hauptsächlichste Verdienst der englischen Arbeiterregierung ist aber der Zerfall der Entente cordiale.

Weil die Kommunisten für ihre Politik nicht die Befriedigung der Welt brauchen können, sondern den Krieg wollen.

(Zustimmung.) Weil sich nach den Lenin'schen Lehren die bolschewistische Weltrevolution erst nach einer Serie von Kriegen einstellen wird,

Wir gehen an der Tatsache der Faszisierung Europas nicht vorüber und sehen die Entwicklung in Italien, Spanien und auf dem Balkan.

In England vergehen wir den Sieg der Arbeiterpartei, in Australien hat die Arbeiterpartei einen überwältigenden Sieg errungen, und in Frankreich haben erst gestern die Linksparteien einen großen Erfolg errungen.

Spina, der sofort nach Eintritt in die Regierung erklärte, daß das Entscheidende an der neuen Regierung ihr

antisozialistischer Charakter sei, hat vor längerer Zeit in Mähriſch-Schönberg eine Rede gehalten,

Sie hören den Linkszug in den Gliedern und bemühen sich, ihren Stimmenverlust mit allerhand Ausreden zu motivieren.

Erinnern Sie sich daran, daß das Jahr 1928 im Zeichen der Hochkonjunktur stand und daß ein Leitartikel der „Deutschen Presse“ in großen Lettern verkündete,

Und nun betrachten wir die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Erinnern Sie sich daran, daß das Jahr 1928 im Zeichen der Hochkonjunktur stand und daß ein Leitartikel der „Deutschen Presse“ in großen Lettern verkündete,

Jetzt reden sie nicht davon, daß auch diese Erscheinungen ein Erfolg der aktivistischen Politik sind

und schieben alle Schuld auf die internationale Situation. Trotz der Fülle gibt es in der Landwirtschaft Krisenerscheinungen.

1927 in Reudel gefragt wurde, warum die Christlichsozialen für die Getreidezölle gestimmt haben.

Die Unzufriedenheit wirkte sich aber immer gegen die Regierungsparteien aus.

Zunahme der Arbeitslosigkeit, die nicht so sehr ihren Ausdruck findet in den statistischen Erhebungen des Arbeitsamtes als vielmehr in der großen Zahl der Heeresklienten

Das fürchterlichste ist, daß diese Arbeitslosigkeit als Folge der Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse von den Parteien des Bürgerblocks verschuldet wurde

Vor Jahren hat der Finanzminister Englands den bürgerlichen Parteien zugerufen, daß es Zeit sei, einen Wirtschaftsplan aufzustellen,

Die Unzufriedenheit wirkte sich aber immer gegen die Regierungsparteien aus.

Wähler, kümmert euch um die Wahlpapiere!

Nach dem Wahlgesche hat in Gemeinden über tausend Einwohner Ipäteltens drei Tage vor der Wahl

Die Zustellung der Wahldokumente, und zwar der Kandidatenlisten für das Abgeordnetenhaus und den Senat sowie der Legitimationskarten zu erfolgen.

Alle Wähler, die bis zum geschlichen Termin die Kandidatenlisten sowie die Legitimationskarte nicht zugestellt erhielten,

Keine proletarische Stimme darf durch Nachlässigkeit verloren gehen!

labotiert, vor allem den Vertrag mit Deutschland, Jugoslawien und Rumänien.

Die direkten Abgaben weisen bei uns eine sinkende, die indirekten aber eine steigende Tendenz auf.

In den Jahren 1926—1928 hat sich der Ertrag der direkten Abgaben um 197 Millionen Kronen ermäßigt, jener der indirekten um 1.440.000.000 Kronen erhöht.

Durch die Steuerreform wurde aus der Arbeiterklasse der letzte Heller herausgeholt,

Die Arbeiter schulden nichts, die bestehenden Klassen haben wenig zu zahlen, bleiben aber den größten Teil noch schuldig!

Der Reallohn in unserem Lande steht an 11. Stelle in der Reihe der Reallohne der verschiedenen Staaten und weist von Jahr zu Jahr eine sinkende Tendenz auf.

Aber der Bürgerblock hat nicht nur die Arbeiter, sondern auch die öffentlichen Angestellten bedroht,

Wir sind überzeugt, daß am 27. Oktober über die aktivistischen Parteien ein öffentliches Gericht gehalten wird.

Es ist nicht gerade erquicklich, immer über die Kommunisten zu reden.

trostloser. Nach den Feststellungen eines tschechischen Universitätsprofessors gibt es in diesem Staate 440.000 Tuberkulose, von denen 140.000 arbeitsunfähig sind.

Die Masarykliga hat errechnet, daß in jeder 11. Minute ein Mensch an Tuberkulose stirbt.

Trotzdem hat die Regierung ganz lächerliche Beträge zur Bekämpfung der Volkstrankheiten eingestellt.

Es steht die Aufhebung des Mieterschutzes bevor,

wenn die bürgerlichen Parteien noch einmal zur Macht kommen.

Indem sie sich endlich einmal mit der Erhebung des Mieterschutzes abfinden.

Wir werden uns gegen jeden Abbau des Mieterschutzes wehren!

Wir werden uns gegen jeden Abbau des Mieterschutzes wehren!

über den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung zu verhandeln!

Bei alledem bleibt einem doch der Verdank stehen und man begreift nicht, daß es noch Leute gibt, die solchen Unsinn glauben.

Die Kommunisten sprechen ja nicht mehr die gewöhnliche Sprache des Arbeiters, sondern reden zu den Arbeitern nur noch in Hieroglyphen.

Aber die Jecher dabei bezahlt ja die Arbeiterklasse!

(Beifall.) Die Kommunisten sind heute der sicherste und verlässlichste Faktor der Bourgeoisie.

Ich habe ihnen nun gesagt, welche Bedeutung diese Wahlen haben.

Sondern nur mit dem Proletariat aller anderen Nationen dieses Staates

führen (Zustimmung.) Gegen den konzentrischen Angriff von links und rechts muß die internationale Sozialdemokratie eine eiserne Kohorte des Proletariats aller Nationen dieses Staates schaffen.

Es ist Zeit, daß wir kämpfen. Es ist Zeit, daß wir uns pfeilen!

Genossen, mit der ungleichen Kampftruppe gehen wir in die Entscheidung.

Raffen wir alle Kräfte zusammen. Schmelzen wir unsere Reihen fester und immer fester.

Nach dem Referat des Genossen Dr. Czoch sprach noch

Genosse Dr. Heller,

der die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Zukunftspläne der Bürgerparteien lenkte

Die Kommunisten sind in Europa in Wirklichkeit die Wegbereiter des Faschismus!

Es ist unser heiliger Wunsch, am 27. Oktober den entscheidenden Schlag gegen die Bourgeoisie dieses Staates zu führen.

Der Vorsitzende Genosse Lorenz verwies in seinen abschließenden Worten darauf, daß die Sozialdemokratie es ablehnt, mit Gewaltmitteln zu kämpfen

Die Teilnehmer marschierten in größeren Truppen ab, weil die Gefahr bestand, daß die Kommunisten einzelne Versammlungsteilnehmer überfallen könnten.

Bolschewistischer Wahlkampf.

Die Kommunisten organisieren im deutschen Gebiet des Pardubitzer Wahlkreises planmäßig die Störung unserer Wählerversammlungen durch Nadaumacher. In Nieder-Lichwe entzieht der bolschewistische Vorkämpfer unserem Referenten das Wort, weil er gegen die bolschewistische Putsch- und Revolutionsmacherei Karl Marx zitiert.

Eine ganz niedrige Kampfesweise haben sich die Bolschewiki im deutschen Gebiet des Pardubitzer Wahlkreises zurecht gelegt. Da die Arbeiterschaft die von der kommunistischen Partei einberufenen Wählerversammlungen meidet, weil sie die bolschewistischen Phrasen satt hat, organisieren die unentwegten Revoluzzer planmäßig die Störung der sozialdemokratischen Wählerversammlungen, in welcher sich unser Spitzenkandidat Gen. Bözl der Arbeiterschaft vorstellt. Sie dirigieren die ärgsten Schreier der Umgebung in diese Versammlungen mit dem alleinigen Zweck, diese Versammlungen mit einem allgemeinen Tumult enden zu lassen.

So geschah dies bereits in Nieder-Allersdorf, Tschernowitz und am letzten Sonntag in Nieder-Lichwe. In Nieder-Allersdorf und Tschernowitz endete die bolschewistische Taktik mit einer restlosen Blamage für diese sonderbare „Arbeiterpartei“ und die Versammlungen endeten trotz aller Störungsversuche mit einem vollen Erfolg für unsere Partei. Nach ihrer Niederlage in Nieder-Allersdorf wagten es die bolschewistischen Störer nicht mehr in unserer ebenfalls sehr gut besuchten Wählerversammlung in Grulich das Wort zu ergreifen und begnügten sich mit ebenso abgedroschenen wie albernen Zwischenrufen, die Gen. Bözl in seinem Schlusswort unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlungsteilnehmer verpöbelte, wobei die berufsmäßigen Schädiger der Arbeiterbewegung manche bittere Wahrheit zur Kenntnis nehmen mußten. Sie fanden daher auf Rache, die sie in unserer, am letzten Sonntag abends in Nieder-Lichwe stattgefundenen Wählerversammlung ausführten.

Nieder-, Mittel- und Ober-Lichwe sind Bollwerke der kommunistischen Partei, weil in diesen Gemeinden leider noch viele Arbeiter, vom Irrtum befangen, den bolschewistischen Maulhelden Gefolgschaft leisten. Die Bolschewiki trommelten in diesen Orten und aus der Umgebung ihre Schreier zusammen und diese erschienen, unter Führung eines Herrn Marxan vom Politbüro in Prag, schon lange vor Beginn der Versammlung im Versammlungsort. Da sie auf diese Art die Versammlung majorisierten, erzwangen sie die Wahl des Bolschewiken Blasl zum Vorsitzenden und dieser dekretierte eine einstündige Redezeit für unseren Referenten und den bolschewistischen Korreferenten, während für die Debatteredner unbefristete Redezeit vorgesehen wurde. Nach dem Referat des Gen. Bözl, in dem er sich mit den Sünden der Bürgerpartei und zum Schluß auch der Kommunisten beschäftigte, was von den sozialdemokratischen Versammlungsbefuchern mit sehr starkem Beifall aufgenommen wurde, sprach Herr Marxan über „proletarischen Klassenkampf“, den „Humbus des Parlamentarismus“, wobei er sich die lächerliche Behauptung leistete, daß die Rationalisierung in Rußland nur zugunsten der Arbeiter erfolge, die tschechischen Sozialdemokraten für die Folgezeit gestimmt und dafür die Sozialversicherung „eingeschachert“ haben und die Sozialdemokratie von den Kommunisten schärfstens bekämpft wird, weil sie das „unmittelbare Hindernis“ für den proletarischen Klassenkampf darstellt. Dann folgten programmgemäß die Sprüche von drei kommunistischen „Debatterednern“ und des Vorsitzenden, worauf gnädigst unser Gen. Bözl wieder das Wort erteilt wurde.

Während es bis dahin in der Versammlung leidlich zugeht, setzen nunmehr die bolschewistischen Störungen ein. Gen. Bözl wurde durch laute Zwischenrufe wiederholt am Sprechen behindert. Besonders der Vorkämpfer selbst und ein am selben Tische sitzender betrunkener Bolschewik brüllten am lautesten. Gen. Bözl verwies in seinen Ausführungen selbstverständlich darauf, daß

die Bolschewiki durch ihre Spaltungs- und Putschtaktik die Arbeiterschaft schwer schädigen, daß sie gerade jetzt ihre Hauptaufgabe darin erblicken, den Kampf gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Vertrauensmänner zu organisieren, anstatt gegen die Parteien der Besitzklasse Stellung zu nehmen, daß Sowjetrußland nach Deutschland Waffen und Giftgasbomben lieferte, die sich schließlich einmal gegen die deutschen und russischen Arbeiter richten können, daß das heutige Rußland kein Musterbeispiel proletarischer, sondern höchstens der Diktatur des Zentralbüros in Moskau ist, vor der die Arbeiter mit ihrer Meinung zurückhalten müssen, daß sich die im Lager der Sozialdemokratie vereinigten österreichische Arbeiterschaft mit Erfolg gegen den drohenden Faschismus wehrt, während die bolschewistische Taktik in Bayern, Ungarn, Jugoslawien und Italien mit der völligen Niederknüppelung der Arbeiterschaft endete, daß die Abgesandten der Sowjetregierung in einen der ärgsten Schatzmacherbetriebe Westböhmens, der Neubetel-Kammgarn-Innerei, die Rationalisierung studierten und der Weg, den die kommunistische Partei ging, mit Niederlagen für die Arbeiterklasse gepflastert ist.

Schon nach einer viertelstündigen Redezeit entzog der kommunistische Vorkämpfer dem Gen. Bözl das Wort; er ließ ihn wieder weiterprechen als selbst einige Kommunisten gegen die Wortentziehung Ein-

spruch erhoben. Als dann Gen. Bözl gegen die bolschewistische Putschtaktik und Revolutionsmacherei, durch welche die Arbeiter immer wieder vor die Gewehre der Gendarmen und der Polizei sowie in das Unglück getrieben werden, zwei Zitate aus den Schriften von Karl Marx vorlas, wurde ihm unter Geheiß einiger besonders qualifizierter Nadaumacher das Wort endgültig entzogen. Die Stimmung hierzu machte Herr Marxan, der aus Angst, unser Referent wolle die Versammlung „totreden“, auf Schluß drängte, obwohl er selbst während seiner Ausführungen recht neugierig war und viele Fragen stellte, auf die er von unserem Referenten Antwort forderte. Gen. Bözl konstatierte hierauf, daß der kommunistische Vorkämpfer in der sozialdemokratischen Wählerversammlung den sozialdemokratischen Kandidaten am Sprechen hinderte, worauf die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer unter Protest das Lokal verließen, um eine Schlägerei zu verhindern.

Bei dieser Gelegenheit benahmen sich die Bolschewiki in der ordinärsten Weise. Besonders ein Betrunkener schrie aus Leibesträften und ein junger Mensch, namens Scholz, erlaubte sich die sozialdemokratischen Arbeiter mit „Perle“ zu beschimpfen,

Die Koalition mit ihrem Latein zu Ende!

Goldwährung und Budgetprovisorium bis nach den Wahlen vertagt. Die Slowaken rebanchieren sich für die Disziplinierung ihrer Beamten.

Prag, 22. Oktober. Der Ständige Ausschuss brachte es heute nicht über die Verabschiedung der Vorlage über die Krankenpflege der Rentner der Pensionsanstalt, für die nach Ablehnung weitergehender Verbesserungsanträge auch die sozialistischen Parteien stimmten, nicht hinan. In der Debatte sprach nach dem Genossen Habrman

Genosse Dr. Czech

der sich namentlich gegen den Mißbrauch zu Wahlzwecken wandte, den die Koalitionsparteien von den Nationaldemokraten bis zu unseren Merkmalen herab mit der schon längst fertigen und überreifen Vorlage treiben möchten. Er erklärte, daß es wohl selbstverständlich sei, daß die deutschen Sozialdemokraten der Vorlage, welche den Rentnern eine kleine Erleichterung bringen soll, ihre Zustimmung geben. Es wird dies natürlich nicht vorbehaltlos geschehen, da die Vorlage einer ganzen Reihe von unabweisbaren und nachteiligen Bestimmungen entleidet werden muß. Darum haben wir folgende zwei Anträge überreicht:

Im Artikel 1 sind die Worte: „Die Beschlüsse des Trägers der Pensionsversicherung bedürfen der Genehmigung des Ministers für soziale Fürsorge“ zu streichen.

Der durch Artikel 1 vorgeschlagene § 48, Abs. 3, des Gesetzes 26/1929 erhält folgenden Zusatz: „Der Rentner hat das Recht, nach freier Wahl zu entscheiden, bei welcher Krankenversicherungsanstalt die Heilbehandlung durchgeführt werden soll.“

Die deutschen Sozialdemokraten werden selbstverständlich auch für alle anderen Verbesserungsanträge stimmen.

Wir sind der Meinung, daß die vorläufigen Vorarbeiten, die die Regierungsvorlage für die Pensionsrentner in Aussicht genommen hat, unbedingt auch für Arbeiterrentner getroffen werden müssen, da deren wirtschaftliche Verhältnisse ebenso trübsalig sind und auch sie einer Ergänzung der sozialen Hilfseinrichtungen bedürfen.

Im übrigen möchte ich feststellen, daß mit dieser Vorlage, die eines gewissen Wahlscheiters nicht entbehrt,

nur offene Türen eingerannt werden,

den die Hilfseinrichtungen, die den Rentnern auf Grund dieses Gesetzes zuteil werden sollen, wären auch ohne die heutige Regierungsvorlage Gesetz geworden. Diese Feststellungen müssen den Herrn Minister für soziale Fürsorge gegenüber gemacht werden, welcher die Sache so dargestellt hat, als ob die Krankenversicherung der Rentner nur durch das Zutun der Regierungskoalition schon am 1. November in Wirksamkeit gesetzt werden soll.

In Wirklichkeit sind für diese Krankenversicherung alle Vorbereitungen im Rahmen der Pensionsanstalten längst getroffen,

die alle die Verwirklichung dieser Einrichtung betreffenden Fragen im Vereinbarungswege gelöst haben und eben daran sind, sich über die noch offen gebliebenen Fragen und vor allem über den Kreis der als Versicherungsleistung heranzuziehenden Krankenkassen mit den Interessenten und den Klassen zu verständigen.

obwohl er selbst noch nicht das geringste Opfer für die Arbeiterschaft gebracht hat, während mancher von den sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmern schon Verfolgungen wegen seiner Ueberzeugung erleiden mußte, als Herr Scholz noch einmal in den Windeln lag.

Die Vorgangsweise der Bolschewiki in der Versammlung in Nieder-Lichwe zeigt ganz deutlich, daß die Auseinandersetzung mit ihnen nicht mit geistigen Waffen erfolgen kann; sie appellieren an die rohe Gewalt und lassen gegen Andersdenkende den Terror wüten;

nicht einmal die Wahrheiten von Karl Marx können sie mehr vertragen.

Es ist bezeichnend, daß einem alten Arbeiter die Tränen herabrollten, weil er das Benehmen der bolschewistischen Schreier als Schande empfand und ein zweiter unserm Gen. Bözl beim Verlassen des Saales die Hand schüttelte mit den Worten: „Das, was die Kommunisten in Lichwe heute getan haben, wird ihnen keine guten Früchte bringen!“ Wir sind auch überzeugt, daß sich die anständigen Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Zeit, angeleitet von solchen Tretenden, von den Bolschewiki abwenden und dem in Lichwe geübten Terror ein Ende gesetzt wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft möge jedoch überall aus diesen unqualifizierbaren Vorgehen der Bolschewiken in Lichwe die richtigen Schlüsse ziehen und dafür sorgen, daß der Ruf zur Tat wird!

Keine Stimme am 27. Oktober für die Listen der kommunistischen Partei!

Daß man die jetzige Vorlage wahlmäßig auszunutzen versucht,

ergibt sich aus einer vor einigen Tagen erschienenen Notiz der „Karodni Listy“, die die Einbringung dieser Vorlage als einen „Erfolg ihrer Beamtenpolitik“ bezeichnet, welches gute Beispiel nunmehr auch von den anderen Koalitionsparteien befolgt werden dürfte. Charakteristisch dafür ist ein heute in großer Aufmachung erschienener Artikel der christlichsozialen „Deutschen Presse“, welche die Verbesserung des Pensionsversicherungsgesetzes als

„soziale Tat“

als einen „großen Fortschritt in der Sozialgesetzgebung während der Zeit der sozialistischen Regierung“ bezeichnet. Welches Bewandnis es aber damit hat, ergibt sich wohl am deutlichsten aus der Tatsache, daß, wie an der Hand des Schlussprotokolls der ministeriellen Kommission zur Vorbereitung der Pensionsversicherung erwiesen werden kann, die bezüglichen Vorarbeiten zur Schaffung eines Pensionsversicherungsgesetzes schon im Jahre 1924, also zu einer Zeit in Angriff genommen wurden, als das Fürsorgeministerium noch unter der Leitung eines tschechisch-sozialdemokratischen Ministers stand, der die eigentlichen Grundlagen für dieses soziale Gesetz geschaffen hat.

Die Regierungsparteien und vor allem die deutschen aktivistischen Parteien schmücken sich da mit fremden Federn, was mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß.

Nachdem Genosse Dr. Czech zum Schluß neuerlich der Erweiterung der Begünstigungen der Regierungsvorlage auf die Arbeiterrentner das Wort geredet hatte, schloß er mit der Erklärung, daß die deutsche sozialdemokratische Fraktion für das Gesetz, das einer, wenn auch nur kleinen Rentnergruppe einige Erleichterungen in sozialer Richtung bringe, stimmen werde.

Herr Minister Sramel machte sich die Antwort auf die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge leicht, indem er einfach erklärte, die Krankenversicherungsanstalten könnten ohne ihre gesetzlichen Verpflichtungen kaum nachkommen; man könne daher zur Einbeziehung der Rentner der Sozialversicherung in die Krankenpflege keine neuen Ausgaben bewilligen, solange keine neuen Einnahmen da seien.

Nach einer Pause, die zu Verhandlungen mit den Slowaken bemüht wurde, nahm man die Vorlage unbedeutend an. Es konnte dann noch Dr. Dolanský die Vorlage über die Goldwährung erstatten,

dann war die Koalition mit ihrem Latein aber zu Ende. Die Slowaken wollten von der Behandlung der Goldwährung nichts wissen, und zwar als Repressalie dafür, daß man in den letzten Tagen einige ihrer Bezirkshauptleute verhaftet und Kreisärzte entlassen hat, die in der Slowakei nicht Godzawahlen, sondern Plinlawahlen machen wollten.

Ein Anknüpfen bei den tschechischen sozialistischen Parteien, die im Prinzipie nicht gegen die Vor-

lage sind, blieb erfolglos; es fiel ihnen nicht in Traum ein, der Koalition aus der Verlegenheit zu helfen. So mußte die bereits für morgen anberaumte Sitzung auf die nächste Woche vertagt werden. Bis dahin werden die Wahlergebnisse bekannt sein und das Goldwährungsgesetz sowie das Budgetprovisorium somit schon unter ganz anderen Gesichtspunkten beurteilt werden.

Keine Stimme

der Kriegsbeschädigten für die Christlichsozialen, Landbündler und Gewerbepartei!

Ein Beschluß der Kriegsbeschädigten des Bezirkes Falkenau, Eger und Graslitz.

Am letzten Sonntag tagte in Chodau die Gebietskonferenz der Kriegsbeschädigten aus den Bezirken Falkenau, Eibenau und Graslitz; 32 Ortsgruppen waren durch 65 Delegierte vertreten. Diese nahmen mit Unterstützung das verräterische Vorgehen der Regierungsparteier, insbesondere gegen die Kriegsverletzten zur Kenntnis und stimmten mit Beglückung für die Parole „Keine Stimme der Kriegsbeschädigten für die Christlichsozialen, Landbündler und Gewerbepartei!“ Mit besonderer Empörung nahm die Konferenz den Bericht der Ortsgruppe Eibenau-Grünberg zur Kenntnis, aus dem hervorgeht, daß dem Deutschen im Bewilligung einer Annullierung für die angeführten Orte von der Caritasvereinigung der Erzdiözese Prag und deren Unterstützung in Graslitz (mit dem Dekanaten an der Spitze) die schwersten Hindernisse in den Weg gestellt werden.

Es besteht kein Zweifel, daß die Kriegsbeschädigten des genannten Gebietes ihre negative Parole gegen Christlichsoziale, Landbündler und Gewerbepartei am 27. Oktober positiv zur Durchführung bringen werden, daß sie sozialdemokratisch stimmen. Und auch überall sonst im Lande werden die Kriegsverletzten, wenn sie sich bei den Regierungsparteiern rebanchieren und in Zukunft eine bessere Behandlung sich sichern wollen, sozialdemokratisch wählen. Die Liste hier.

Die Methoden der „Bohemia.“

Dieses Blatt der deutschen Intelligenz sinkt allmählich auf das Niveau etwa des „Tag“ oder der „International“ herab. Wenn wir auch zugeben, daß man im Dienste seines Herrn manches tun muß, was man sonst unterläßt, so sollten doch auch in diesem Bedienteneifer Grenzen bestehen. Bekanntlich brachte die „Bohemia“ — ebenso wie die ganze bürgerliche und kommunistische Presse — die Mitteilung, die Genossen Dr. Sella und Krenser hätten in Versammlungen erklärt, daß die deutschen Sozialdemokraten in die Regierung eintreten wollten. Die beiden Genossen haben der „Bohemia“ Berichtigungen übersendet, die den Fall sogar für die Leser der „Bohemia“ einwandfrei klargestellt hätten. Was ist nun dieses Organ der deutschen Intelligenz? Es reicht wiederum einen oder zwei Sätze aus dem Zusammenhang, veröffentlicht die Berichtigung nicht und stellt sich noch dümmel als es ist. Daß dabei Unwahrheit auf Unwahrheit gehäuft wird, ist selbstverständlich.

Das Blatt tut sehr erstaunt, daß Genosse Dr. Sella gefragt hat, der Regierungseintritt sei eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips. Daß schon am Parteitag in Karlsbad im Jahre 1920 die Frage einer Koalitionspartei behandelt wurde und durchaus nicht prinzipiell abgelehnt, sondern nur von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht wurde, daß seither dieser Standpunkt von der Partei konsequent festgehalten wurde, das alles weiß natürlich die „Bohemia“. Sie stellt sich nun so, als ob das von den Genossen Dr. Sella und Krenser jetzt erfindene Neugleiten wären. Ebenso unwahr ist es, wenn die „Bohemia“ glauben machen will, daß wir das Bündnis der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft mit den Agrariern deshalb angegriffen, weil die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft in die Regierung eintreten will. Nein, daß sie sich mit einer Partei verbündet, die sie wegen ihres vollständigen Versagens in nationalen Dingen so oft angegriffen hat, die sie als Partei des häßlichen Bürgerturns auch in wirtschaftlichen Fragen häufig bekämpfte, deshalb angegriffen wird sie an.

Bei dieser Gelegenheit sei eine andere Unwahrheit der „Bohemia“ festgestellt. Wir teilen mit, daß sich die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft verpflichtet, dem Klub der agrarischen Abgeordneten beizutreten. Die „Bohemia“ bestritt das. Nun hielt Herr Dr. Stradal, Abolot in Teplitz-Schönan, als Anhänger der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft in Tuz eine Rede, in der er sagte, „sollte die Haltung der Agrarier in nationaler Hinsicht schwach sein, so hat die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft das Recht, aus dem gemeinsamen Klub auszutreten“. Wägen haben kurze Peine!

Die Wahrheit ist eben einfach die: Die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft verdrängt sich auch dem Teufel, wenn diese Verbindung den Herren Koffa und Rofke Mandate verbürgt. Dafür werden alle nur erdenklichen politischen Angriffe unternommen, dafür wird geflogen, dafür muß man sich sogar noch unwissender stellen, als man schon ist.

Vom kommunistischen Putsch in Nordwestböhmen.

Brüx, 22. Oktober. In großer Aufmachung berichtet die „Internationale“ vom Dienstag über die Erweiterung des Streiks im Nordwestböhmischem Braunkohlenevier. In derselben Nummer wird aber zugleich geteilt, daß den Sozialistischen Hilfsgruppen aus den Reihen der kommunistischen Funktionäre und Betriebsräte entstanden sind. Damit bekämpft eigentlich die „Internationale“ selbst, daß der Putsch am Verenden ist. Die Situation selbst im Reviere ist gegen gestern unverändert. Am Himmelfürstschacht ist heute die Belegschaft voll angefahren; dafür trat ein Teil der Belegschaft des Venuschaches in Streik. Auf den elf Schächten, die teilweise im Streik stehen, sind 990 Bergarbeiter am Streik beteiligt, also 326 weniger als am Montag.

Anterim-Gehülfe der Polizei

versammeln sich Christlichsoziale und Gewerdeparteiler nach § 2!

Die verbündeten Christlichsozialen und Gewerdeparteiler unter Führung des Prälaten Dr. Feierleil haben laut Bericht des Karlsbader „Volkswille“ ihren „Wählern“ in Karlsbad in einer „nicht öffentlichen Parteiversammlung“ im Rathaus also Rechenschaft gegeben:

Polizei besetzt die Eingänge und die Aufgänge zum Rathaus. Polizei patrouillierte in starken Trupps von der Stadtparkbrücke an über den Mühlbrunnai hinaus bis zum Versammlungsort. Polizei stand bereit bei den Zugängen zur Parkstraße und Gartenzeile. Polizeibereitschaft stand beim Militärbadhaus. Polizei an allen Ecken und Enden, damit niemand, der nicht mit Haut und Haar der Gewerdepartei und den Christlichsozialen verschrieben, damit vor allem kein Sozialdemokrat in diese Versammlung komme und den Feierleil frage, wofür er seinen Arm im Parlament erhob.

Versteht hinter Polizeimitteln — so steht die christlichsoziale Partei nach dreijähriger Regierungstätigkeit da!

Braucht es da eigentlich noch Argumente gegen ihre und der anderen „aktivistischen“ Regierungsbüchse Politik? Sie rühten sich selbst, wissen, daß sie nur vor elenden Kreaturen die Annemärchen über ihre „Volkspolitik“ unwidersprochen erzählen dürfen.

Na, zum Glück haben wir es noch nicht so weit gebracht, daß Polizeimittel auch die Abstimmung am 27. Oktober beeinflussen können. Dort leben wir uns dann wieder, Herr Dr. Feierleil! „Heil dem deutschen Kaiser!“

Kommunistische Geständnisse.

Warum die Arbeiter in Rußland nicht höhere Löhne bekommen.

In einer Verankerung in Schmeil bei Stadt Liebau (am vergangenen Samstag), in der der Genosse Sababla sprach, waren die Kommunisten von Groß-Waltersdorf durch ein starkes Ruffkommando vertreten. Sie hatten sich auch eigens einen Referenten, namens Mälzer, mitgebracht. Um zu beweisen, daß Sowjetrußland wirklich das Vaterland der Arbeiter ist, erzählte der gute Mann, der erst vor kurzem in Rußland war, daß dort die Industrie ganz erstaunliche Fortschritte gemacht habe. Diese Industrie wäre aber auch in stände, noch viel höhere Löhne an die Arbeiter zu bezahlen, tut es aber nicht und zwar aus dem Grunde,

weil dann die Ansprüche des russischen Arbeiters größere würden.

Man wird sich dieses Eingeständnis eines kommunistischen Rußlandfahrers für alle Zukunft merken müssen!

Sie reichen den Landbündlern die Hand

In einer am Sonntag, den 20. ds. stattgefundenen Wählerversammlung unserer Partei in Epperswage n bei Hombol erklärte der Kommunist Alois Zimper, Schriftführer des Betriebsrates der Firma Moravia in Hombol, daß die Kommunisten durchaus keine Gegner der Landbündler seien, daß sie im Gegenteil gerne den Landbündlern die Hand reichen würden und einträchtig mit ihnen zusammenarbeiten würden.

Die Sozialdemokraten stellten er natürlich als die größten Feinde hin, mit denen kein Kommunist in Berührung kommen dürfe.

Die Wohnungslosen sind „Vagabunden“!

So reden die Christlichsozialen von den ärmsten Oplern der Wohnungsnot!

Das Christlichsoziale „Volk“ in Jägerndorf veröffentlicht am Dienstag, den 22. Oktober auf der ersten Seite einen Artikel über den Mieterschutz, aus dem zum bleibenden Gedächtnis folgende unerhörte Sätze über die Wohnungslosen festgehalten werden mögen:

Die Wohnungslosen.

Unter denen hat es solche, die aus dem Standpunkte stehen: Für uns muß gesorgt werden; aber bezahlet werden wir nichts. Sie lagern in Baracken, in alten Eisenbahnwaggons, haufenweise, nach Vagabundenart, und was sie verdienen, wird verzehret und verstrunken. Gibt's keinen Verdienst, dann muß eben die Gemeinde oder öffentliche Fürsorge herhalten und sie auch noch leiden. Für Wohnung und Kleidung etwas aufzuwenden, fällt ihnen nicht ein. Diese Leute fühlen oft gar nicht das Erniedrigende des Tierischen und Schmutzigen, in dem sie leben.

Ihnen zu helfen ist mehr Aufgabe der Liebe und Erziehung, als der Wohnungsfürsorge, denn ohne diese Führung und ohne mehr oder weniger betonten Zwang und Aufsicht würden sie auch eine zugewiesene menschliche Wohnung verschmühen.

Die ärmsten Teufel also, die in Baracken und Waggons, in Erdlöchern und Buden haufen, wagt das christlichsoziale Blatt als Vagabunden hinzustellen, die das, was sie haben, verpressen und versaufen!

Doch wozu diese abgrundtiefe Gemeinheit noch kommentieren? Jedes Wort zeugt so sehr für sich allein für diese wahrhaft „christlich“ und „soziale“ Gesinnung der Christlichen, daß sich jedes weitere Wort erübrigt.

Jeder Arbeiter weiß: morgen schon, wenn er arbeitslos vom Unglück verfolgt wird, kann ihn das Los dieser „Vagabunden“ treffen. Wahrhaftig, der Arbeiter müßte ein Gesinnungs-vagabund sein, wenn er seine Stimme diesen Befüßerten der proletarischen Ehre gibt!

Ertappte Demagogen.

Die Christlichsozialen maßen sich das Verdienst an der Verbesserung der Pensionsversicherung an!

Nach dem bekannten Grundsatz, daß eine freche Stirne besser ist, als ein Meierhof, versuchen die Christlichsozialen mit den plumpesten und aufdringlichsten Mitteln der Demagogie sich jetzt, vor den Wahlen, als die Wohltäter der arbeitenden Menschen und als die Schöpfer oder wenigstens Mitschöpfer sozialer Gesehe hinzustellen. Da die Gesetzgebung des Bürgerblocks dazu jedoch bei der größten Anstrengung und bei der geschicktesten Verdrehung der Tatsachen keine Möglichkeit bietet,

müßten die Herren die Arbeiten der Sachkommission für die Novellierung der Pensionsversicherung für sich anerkennen und sich auf die Verbesserer der Pensionsversicherung hinausspielen.

Es muß den Herren daher mit aller Deutlichkeit gesagt werden,

daß die Kommission zur Novellierung der Pensionsversicherung bereits im Jahre 1924 unter dem sozialdemokratischen Minister Habrman eingeseht wurde, daß sie in langer, mühsamer Arbeit ein annehmbares Kompromiß zwischen Arbeitgebern und Angestellten zu Wege brachte und daß daher der Bürgerblock an der Verbesserung der Angestelltenversicherung nicht das mindeste Verdienst hat!

Das wäre ja noch schöner, wenn die Mehrheitsparteien die Arbeiten der freigerwerblichen Vertreter und der Sachmänner in dieser Kommission ungestraft als ihr Werk ausgeben dürften.

Worin die Mitwirkung des Bürgerblocks bei der Novellierung der Pensionsversicherung wirklich besteht, kann man aus einer Vergleichung des Sachmännerelaborates mit dem Gesehe erkennen und

da ergibt sich, daß den bürgerlichen Parteien nicht das Verdienst an der Verbesserung, sondern die Schuld an vielen Verschlechterungen zuzu-chreiben ist!

Wir greifen aus der Fülle des Materials nur einige Punkte heraus. Im § 2 des Gesehes heißt es:

„Von der Versicherungspflicht sind ausgenommen: 1. Angestellte, die das 16. Lebensjahr nicht überschritten haben.“

Nationalsozialistische Agitation für die Regierungsparteien.

Unsere Partei hielt Samstag, den 19. Oktober in Dittersbach bei Landskron eine Wählerversammlung ab, in der auch einige Nationalsozialisten erschienen. Das Referat des Genossen Tremml, der die volksfeindlichen Taten der Bürgerregierung schilderte, wurde von der sehr gut besuchten Versammlung mit großer Zustimmung entgegengenommen. Nach Genossen Tremml sprach in der Debatte der Hakenkreuzler Sembera aus Landskron, der sich fast ausschließlich in persönlichen Beschimpfungen des Genossen Tremml und der sozialdemokratischen Partei erging. Von einer Auseinandersetzung mit den Regierungsparteien keine Spur. Herr Sembera konnte die Regierungsparteien auch nicht gut angreifen, da er

in die sozialdemokratische Versammlung auf Wunsch des landbündlerischen Parteisekretärs in Landskron gegangen ist.

Der Ortsvertrauensmann des Bundes der Landwirte in Dittersbach ließ am selben Tage, am dem abends die Versammlung stattfand, den bündlerischen Parteisekretär in Landskron ersuchen, einen

Diese Bestimmung fehlt im Kommissionsentwurf:

Dem Bürgerblock gebührt also das Verdienst, die Jugendlichen ebenso wie aus der Altersversicherung der Arbeiter auch aus der Pensionsversicherung hinausgeworfen zu haben.

Dagegen heißt es im § 3 des Kommissionsentwurfes:

„6. Ist der Versicherte auf Grund mehrerer, der Versicherungspflicht unterliegender Dienstverhältnisse beschäftigt, so ist er in die Gehaltsklasse nach der Summe der Dienstbezüge einzureihen.“

Diese Bestimmung hat der Bürgerblock eliminiert. Hunderte von Reisenden, Agenten und dergleichen dürfen sich also bei den Hochparisien einschließlich der Christlichsozialen bedanken, daß sie nur mit einem Bruchteil ihres Einkommens versichert sind!

Vor allem aber haben die älteren Angestellten und die alten Rentner Grund zur Dankbarkeit dafür, daß ihnen der Bürgerblock die Verbesserung ihrer Ansprüche durch Anrechnung der vor Inkrafttreten des ursprünglichen Pensionsversicherungs-Gesehes vollstredten Dienstzeit verweigert hat,

wie dies § 194 des Kommissionsentwurfes vorgesehen hatte. Die Bürgerparteien, mit der Unterstützung des Militarismus und der sozialen Fürsorge für die Zuderbarone beschäftigt, wollten eben für diesen Zweck einen Staatsbeitrag nicht zur Verfügung stellen.

Rechnen wir dazu die Einengung des Umfanges der Versicherung, die Verschlechterung des Invaliditätsbegriffes, die Bürokratisierung der Verwaltung, die Unterwühlung der Lebensfähigkeit der deutschen Landesstelle in Währen,

so müssen wir schon sagen, daß die Christlichsozialen allen Grund hätten, ihren Anteil an der Pensionsnovelle schamhaft zu verschweigen.

Ihr Versuch, sich fremde Verdienste anzueignen, kann nur mit der vernichtenden Feststellung ihrer eigenen Schuldenden!

Gegenredner in die sozialdemokratische Versammlung nach Dittersbach zu schicken. Dazu dürfte man im bündlerischen Sekretariat wenig Lust gehabt haben; man wollte aber die Sozialdemokraten nicht ungestört lassen und da ist der Sekretär des Bundes der Landwirte auf die treffliche Idee gekommen, den Hakenkreuzler Sembera zu ersuchen, als Gegenredner nach Dittersbach in die sozialdemokratische Versammlung zu gehen. Er rief zu diesem Zweck die Druckerei Ceram in Landskron an, wo Herr Sembera beschäftigt ist, und bat sich diesen zum Telefon. Herr Sembera willigte sofort ein und erschien mit einigen Landskroner Hakenkreuzlern wirklich in der sozialdemokratischen Versammlung. Von Genossen Tremml wurden im Schlußwort die Anwesenden informiert warum Herr Sembera so sehr gegen die Sozialdemokraten losgezogen ist und die Regierungsparteien ungeschoren gelassen hat. Die Versammlung brachten ihre Empörung über diese Handlungsweise der Nationalsozialisten unverhohlen zum Ausdruck. Herr Sembera, der ausgezogen war, um im Dienste der Regierungsparteien über die Sozialdemokraten einen Sieg zu erringen, mußte sich diese Feststellung, ganz in sich zusammengesunken, anhören und rang nach

Worten, wie er sich aus dieser Affäre winden könne; es ist ihm aber nicht gelungen. So schaut der wirkliche Kampf der Hakenkreuzler gegen die Regierungsparteien aus!

Sie sind nach wie vor die besten Schirmtruppen des Bürgertums und des Kapitalismus, weshalb ein denkender Arbeiter dieser Partei die Stimme nicht geben kann.

Spina und Rothschild.

In der Tschechoslowakei gibt es die höchsten Kohlenpreise. Die Preise der Steinkohle sind etwa um ein Drittel höher als im Ausland, wobei die Löhne der Bergarbeiter niedriger sind als beispielsweise in Deutschland. Die Festsetzung der Kohlenpreise unterliegt dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, also hat darüber der Herr Minister Spina zu entscheiden.

Wem aber kommen die hohen Kohlenpreise zu gute?

Die Besitzer der Örtlicher Gruben sind meistens Ausländer. Rothschild, Larisch, Wilezed usw., alles Leute, die in Oesterreich leben. Infolge der höheren Kohlenpreise kann man den Mehrgewinn, den diese Herrschaften an der Kohle einheimisen, auf 400 bis 450 Millionen Kronen schätzen, wovon allein auf Rothschild etwa 150 Millionen entfallen. Mit diesen Millionen, die Rothschild jährlich aus den tschechoslowakischen Ueberpreisen der Kohle herauswirtschaftet, kauft er in Wien Banken auf und geht daran, sich ein Bankmonopol in Oesterreich zu errichten.

Die Kohlenkonsumenten der Tschechoslowakei müssen also hohe Preise zahlen, damit der Herr Rothschild von Tag zu Tag reicher wird. Und das ermöglicht ihm der Herr Minister Spina, der Führer des Bundes der Landwirte!

Wir fragen die Bauern, welches Interesse habt ihr, den Rothschild zum reichsten Mann Oesterreichs zu machen?

Der hundertprozentige Revolutionär schmückt im Bourgeoisblatt.

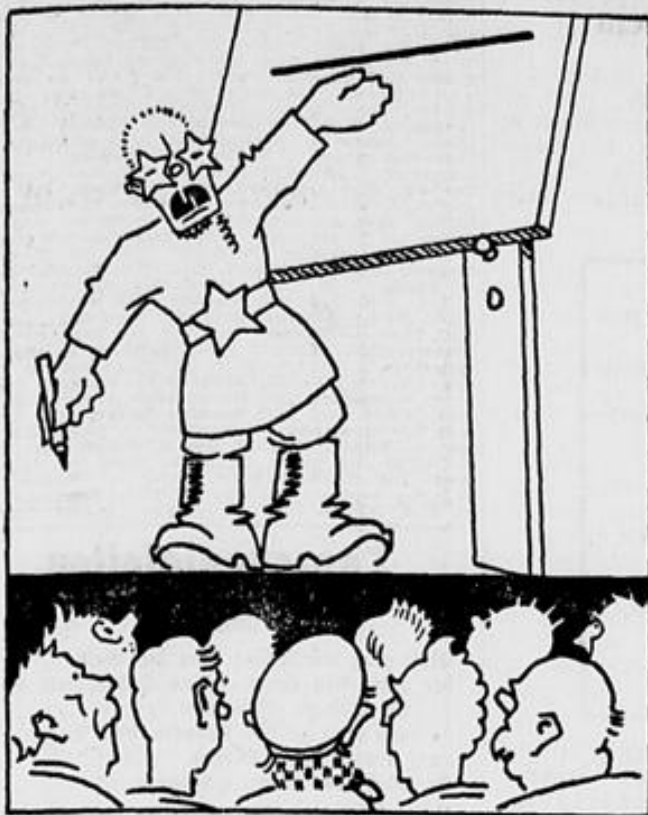
Ausgerechnet im „Prager Tagblatt“ erschien vor einigen Tagen ein Artikel, „Moresole, die Station der Toten“, der vom Eisbrecher „Kraffin“ mit 15. August 1929 datiert ist und vom Schicksal der Polar-Radiotelegraphien handelt. Gezeichnet ist der Artikel mit D. S. Oho! Hinter diesen Buchstaben verbirgt sich, wenn wir nicht sehr irren, ein alter Bekannter aus der Zeit der Spaltung, nämlich der „Revolutionär“ Otto Heller, der an der Polarfahrt des „Kraffin“ teilgenommen hat. Und just im „Prager Tagblatt“ lagert er seine Produkte ab, nicht aber im „Vorwärts“ oder der „Internationale“, wie es einem aufrechten Kommunisten immerhin ziemen würde. Der Grund dafür ist sehr leicht festzustellen. Beim „P. T.“ zahlen sie eben ein höheres Honorar, als bei den kommunistischen Blättern und das dürfte für den D. S. das entscheidende sein. Merkwürdiger Weise hat weder der „Vorwärts“, noch die „Internationale“ die bürgerliche Abweichung ihres Lieblings wahrgenommen.

Wie die Kommunisten eine „Homburg“ verteidigen.

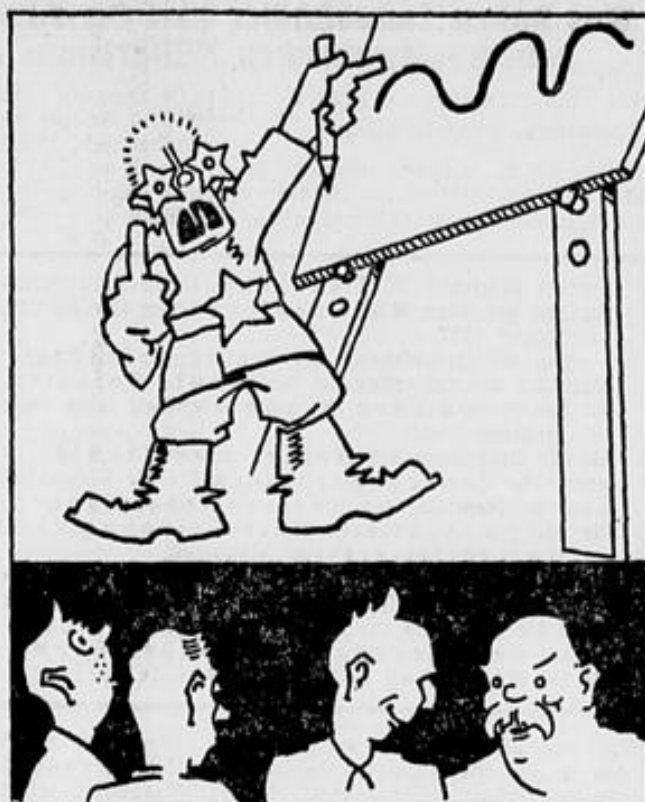
Stürzlich war nach Braunsdorf (im Elbogener Bezirk) eine sozialdemokratische Wählerversammlung einberufen worden. Braunsdorf war lange Zeit eine kommunistische Bastion gewesen, aber in den letzten Monaten war unsere Partei dort wieder erstarkt, hatte eine beträchtliche Zahl neuer Mitglieder erhalten. Also zogen die Kommunisten, aus dem ganzen Ehdauer Gebiet zusammengetrommelt, aus einer eigenen Versammlung in Braunsdorf in das sozialdemokratische Versammlungslokal, wo sie unter Spektakel die Wahl des Präsidiums verlangten. Die Abstimmung ergab 65 Stimmen für unseren Genossen Fuchs, 65 gegen ihn (so viel Leute hatten die Kommunisten aus einem ganzen Bezirkteil den Genossen unserer kleinen Lokalorganisation entgegenzustellen vermocht!) Selbstverständlich übernahm nun, da es sich um eine von unserer Partei einberufene Versammlung handelte, bei Stimmengleichheit unser Genosse den Vorsitz. Als nun aber unser Referent zu sprechen begann, sehten die Kommunisten mit einem ohrendetaubenden Lärm ein, brüllten und begannen ein wüstes Pfeifenkonzert, so daß die Versammlung geschlossen werden mußte.

Es kann gar keine Frage sein, daß sich die Braunsdorfer Kommunisten durch dieses Auftreten noch um einen weiteren Teil ihres Ansehens im Ort gebracht haben und unsere Genossen geben dort der Ueberzeugung Ausdruck, daß nach diesem Verhalten der abwärtsstrebenden Bolschewisten der 27. Oktober auch in diesem Gebiet der Sozialdemokratie einen erhöhten Erfolg bringen wird.

Wir brauchen



die schnurgerade —



die biegsame und elastische —



entschiedene und energische —



eine einzige kommunistische Linie!

Renner für einverständliche Abrüstung

Die Sozialdemokratie weicht einem Kampf auch außerhalb des Parlamentes nicht aus!

Wien, 22. Oktober. (Eigenbericht.) Heute begann der Nationalrat die erste Lesung der Schöberl'schen Verfassungsvorlage. Als erster Redner sprach Dr. Renner, der erklärte, der wahre Inhalt der Vorlage sei der, daß 57 Prozent der Bevölkerung die andern 43 Prozent außerhalb des Gesetzes, jedenfalls aber außerhalb des gleichen Rechtes stellen wollen. Alle rechtlichen Sicherheiten werden in einem Augenblick in Frage gestellt, da die Wirtschaft in größter Unruhe ist. Die Mehrheit habe sich durch ihre Prätorianergarde zu ihrer Politik zwingen lassen und sie habe die Verfassungsreform eingebracht, weil sie nicht den Mut hat, sich zur einverständlichen Abrüstung zu befehlen, die wir seit Jahren vorschlagen. Wir lehnen die Verantwortung dafür ab, daß unser ganzes Volk durch den Verfassungskampf auf das tiefste erschüttert, daß eine Brandfackel in das Volk geworfen wird, während wir mitten in der schwersten Wirtschaftskrise sind. Wir werden aber dem Kampf zu dem wir gezwungen werden, nicht ausweichen, weder hier noch außerhalb des Parlamentes. Die Bürgerlichen behaupten immer, daß der Staat stark genug ist. Wozu dann diese Ueberbannung der Staatsmacht in Unterdrückungsmaßnahmen dieser Verfassungsreform und woher dann die Kapitulation dieser Staatsmacht vor jedem privaten Gewalttäter? Diese starke Staatsgewalt muß die Augen verschließen vor den Privatarmeen der feudalen Herren und der Industrieherrn! Alle Verfassungsbeschlüsse, die Sie fassen, sind bloß Papier, wenn nicht vorher die Abrüstung kommt. Wir werden in die Verhandlungen über den Verfassungsentwurf natürlich eintreten, aber vor jeder Beratung steht die Frage, ob abgerüstet wird oder nicht. Ohne einverständliche Abrüstung ist eine

Gesundung der Wirtschaft nicht möglich. Es gibt unter den Sozialdemokraten über verschiedene Fragen auch verschiedene Anschauungen, aber über die Freiheitsfrage gibt es keine Differenz. Haben wir deshalb 40 Jahre für die Freiheit gekämpft, um sie jetzt für nichts preiszugeben, weil ein paar Abenteuerer drohen? Mögen die herrschenden Parteien nur ja nicht glauben, daß nicht jeder von uns das Neueste auf sich nehmen würde, wenn es gilt, unsere Freiheitsrechte zu verteidigen!

Andauernde Abhebung von Spartontis

Wien, 22. Oktober. (Eigenbericht.) Wie schwer die österreichische Wirtschaft unter den gegenwärtigen gespannten politischen Verhältnissen leidet, zeigen die Ausweise der Sparbanken und Banken über die Bewegung der Spareinlagen. Die Drohungen zum 29. September hatten die Wirkung, daß vom 1. bis 30. September die Spareinlagen in Wien um 16 Millionen Schilling zurückgegangen sind. Dabei gibt diese Zahl noch kein richtiges Bild, weil die Banken auch die Kassenscheine, die auf ausländische Wäskuten lauten, als Spareinlagen ausweisen. In ganz Oesterreich sind im September insgesamt 47 Millionen Schilling abgehoben worden, so daß sich herausstellt, daß die angeblich heimwehrfreundliche Provinz noch mehr Abhebungen vorgenommen hat. Als der 29. September in Ruhe verlaufen war, befierte sich der Stand der Spareinlagen wieder. Seit der Einbringung der Verfassungsvorlage werden ständig wieder österreichische Guthaben abgehoben, so daß die österreichische Wirtschaft aufs neue schwer bedrückt ist. Wenn diese Abhebungen weiter dauern, steht das ganze österreichische Geld- und Kreditwesen in der ernstesten Gefahr.

Die Gewerkschaften gegen die Schöberlverfassung.

Wien, 22. Oktober. (Eigenbericht.) Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes beabsichtigt, in der morgen stattfindenden Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften folgende Entschliessung vorzulegen:

„Die Gewerkschaften betrachten die von der Regierung vorgelegte Verfassungsvorlage als einen Versuch, die politischen Rechte der Arbeiterklasse wesentlich einzuschränken und dadurch die politische und wirtschaftliche Nachstellung der Arbeiterklasse derart zu schwächen, daß die Vertreter der Arbeiter im Nationalrat nicht mehr imstande wären, die wichtigsten sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten wirksam zu verteidigen. Die Gewerkschaften betrachten es als Pflicht der Vertreter der Arbeiter im Parlament, diesen Anschlag auf die Volkrechte abzuwehren. Angesichts der Drohung, durch Putsch oder Staatsstreich die Verfassungsänderung verfassungswidrig zu oktroyieren, wenn sie die Zweidrittelmehrheit im Nationalrat nicht findet, erklären die Gewerkschaften, daß sie gegen jeden solchen Gewaltstreich die verfassungsmäßige Rechtsordnung und die Rechte der Arbeiter mit allen Mitteln verteidigen werden. Die Gewerkschaften machen die Regierung, die parlamentarischen Parteien und die Unternehmer ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Drohungen mit einem Gewaltstreich eine Benutzungsunter der Bevölkerung hervorgerufen haben, die eine suchtbare wirtschaftliche Katastrophe schon in der aller nächsten Zeit herbeizuführen droht. Die Gewerkschaften erklären, daß das einzige Mittel, die Bevölkerung zu beruhigen und dadurch die wirtschaftliche Katastrophe zu verhüten, eine Entzerrung, nicht nur der Regierung, sondern aller parlamentarischen Parteien wäre, daß sie in keinem Falle den gefehl-

ten Boden verlassen werden, jeden Putsch und jeden Staatsstreich ablehnen und die Verfassung auf keinem anderen Wege abgeändert werden kann, als auf dem, den sie selbst vorschreibt. Im Namen von Hunderttausenden Arbeitern und Angestellten, die infolge der wirtschaftlichen Beunruhigung der Arbeitslosigkeit bedroht sind, fordern die Gewerkschaften, daß durch eine solche kategorische Erklärung die wirtschaftliche Beruhigung hergestellt werde.“

Um den Youngplan.

Reichsgericht zum Volksbegehren.

Leipzig, 22. Oktober. Heute vormittags begann die mit großer Spannung erwartete Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in der Verfassungsrechts-Streitigkeit der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Preussischen Landtag gegen das Land Preußen. Die Klage geht auf Erlass eines Feststellungsurteils, durch das das Recht jedes Beamten, sich als wahlberechtigter Staatsbürger an einem verfassungsmäßig zugelassenen Volksbegehren zu beteiligen, ausdrücklich sichergestellt werden soll, und auf Erlass einer einseitigen Verfügung, durch die dem preussischen Staatsministerium ausdrücklich untersagt werden soll, weitere Kundgebungen gegen die Beteiligung der Beamten am Volksbegehren zu erlassen. Die bereits erfolgten Anweisungen sollen zurückgezogen werden. Die Klage wird durch Rechtsanwalt Dr. Seckmann vertreten.

Nach etwa eineinhalbstündiger Beratung verurteilte der Staatsgerichtshof seinen Befehl dahingehend: 1. Die Entschliessung des Reichsausschusses für das Volksbegehren wird zurückgewiesen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes seien Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nur solche Streitigkeiten, die zwischen den Stellen des Landes entstehen, der Reichsausschuss beschränkt sich aber nicht auf Preußen, sondern erstreckt seine Organisationsfähigkeit über das ganze Reich, er sei also keine preussische Landesstelle und könne deshalb keiner Verfassungsstreitigkeit innerhalb eines Landes als Partei beitreten. 2. Ferner hat der Staatsgerichtshof beschlossen, den Antrag der preussischen Regierung auf Vertagung abzulehnen. Entsprechend der bisherigen Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes bezieht sich die Fristbestimmung des § 6 nicht auf Erledigung von Anträgen auf Erlass von einseitigen Verfügungen, es sei daher also in die Verhandlung einzutreten und zu verhandeln, den Antrag zur Erledigung zu bringen.

Fünf Todesurteile in Rußland.

Wegen konterrevolutionärer Arbeit.

Moskau, 22. Oktober. (Zsh.) Die staatliche politische Verwaltung verurteilte eine konterrevolutionäre Organisation auf, welche in der Heeresindustrie der Sowjetunion die Intervention seitens des Auslandes durch Schädigung und Spionage zum Ziele hatte. Diese Geheimorganisation lebte sich zum größten Teile aus ehemaligen hohen Offizieren der zaristischen Armee zusammen. Die ehemaligen Generale der Jarenarmee Michailow, Wjssotschanski, Dyman, Dechanow und Schulga wurden zum Tode verurteilt. Die Urteile sind bereits vollstreckt worden. Die übrigen Angeklagten wurden zur Internierung in Konzentrationslager auf verschiedene Dauer verurteilt.

Die Abberufung des italienischen Botschafters aus Berlin.

Berlin, 22. Oktober. Die „Bosische Zeitung“ meldet: Der italienische Botschafter Graf Alvrandi-Marescotti hat einen Urlaub angetreten und wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Gleichzeitig sind der bisherige Botschaftsrat Roccos und die drei Botschaftssekretäre abberufen worden. Laut „Vorwärts“ erfolgte die Abberufung des Botschafters, weil vor kurzer Zeit auf bisher ungeklärte Weise der geheime diplomatische Chiffrierschlüssel der italienischen Botschaft entwendet wurde.

An beiden Enden faß mich an..



nur auseinander ziehen



und geöffnet ist das köstliche



TOMBY Weichbordon

Der internationale Gedanke marschiert!

Der Internationale Jugendtag, der am 6. Oktober gefeiert wurde, kann als ein voller Erfolg betrachtet werden. Es ist gelungen, viele Hunderte arbeitende Juchsen und Mädchen und auch Erwachsene für unsere Kundgebungen zu interessieren.

Einige Wochen vorher feierte die kommunistische Jugendorganisation ebenfalls ihren Internationalen Jugendtag, von dem aber weit und breit nichts zu sehen war. Auch in der proletarischen Jugendbewegung ist der Zusammenbruch der bolschewistischen Ideologie augenscheinlich und die Arbeiterjugend wendet sich von den Spaltern ab. Unser Internationaler Jugendtag war hierfür der beste Beweis.

In Prag war eine grandiose Kundgebung, die viele tschechische und deutsche Genossinnen und Genossen vereinte. Es sprach neben den Deutschen und tschechischen Jugendrednern noch der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Genosse Ganderwilde. Die kommunistischen Blätter wurden an die frische Luft gesetzt. Die Kundgebung am Tage des Verbandes, in Teplich-Schönau, war einträglich und erhielt durch die Anwesenheit des Genossen Liebermann aus Dresden ein internationales Gepräge. Die anwesenden Kommunisten versuchten vergebens, die Versammlung zu fäden. In Pilsen und Brüx fanden öffentliche Versammlungen statt, deren Propagandamärche voranzgingen. In Dux gestaltete sich die Feier zu einer schönen Kundgebung für den internationalen Gedanken. Die Versammlung in Komotau war äußerst gut besucht und ein prächtiger Erfolg. Alle Versammlungen wurden durch Vieder, Musikvorträge und Rezitationen ausgestaltet.

Die Versammlungen in Nordböhmen verlaufen einträglich und würdig. In Kuffitz verführten die Dolmetscher, die schöne Versammlung zu stören. Die Schlappe, die sie sich samt ihrem Anführer holten, wird ihnen wohl lange Zeit in Erinnerung bleiben. In Marasch und Galan fanden ebenfalls schöne Versammlungen statt. In Pilsen und Benzen sprach neben unseren Rednern Genosse Günther aus Dresden. Beide Versammlungen hatten einen großen agitatorischen Erfolg. Prächtig verlief die Feier in Tiefenbach im Riesengebirge, bei der auch Genosse Vitasek aus Prag sprach. Die kommunistischen Störenfriede wurden an die Luft gesetzt.

In Westböhmen fanden ebenfalls einige Feiern statt. In Eibogen war eine glänzend besuchte Feier. Aus den übrigen Orten, die meistens die Veranstaltungen am 13. Oktober hatten, sind noch die Berichte ausständig. Die Versammlung in Tachau war gut besucht und es wurden acht Renneintritte verzeichnet.

Die Kundgebungen in Mähren und Schlefien zeigten von dem Vornach unserer Organisation. In Brünn feierten diese hunderte deutsche und tschechische Jungproletarier den Internationalen Jugendtag. In Sternberg und Währisch-Schönberg waren die Versammlungen sehr gut besucht und mit einer Fühvorführung verbunden. In Freudenthal, Várn, Freiwaldau und Röhmerstadt sprachen Jugend- und Parteigenossen zu den zahlreich erschienenen Jugendlichen und Erwachsenen. Eine schöne Feier vereinte die Arbeiterjugend und ihre Freunde in Troppan. Die Kundgebung in Spachendorf war imposant und von einem prächtigen Kampfeifer getragen. In Sulmet sprach unser Redner vor vielen versammelten jungen und alten Proletariern. In Reu-Litschein waren auch die Roten Hüllen erschienen, die Gäste aus Wien begrüßen konnten. In Würbenthal und Wagstadt waren die Versammlungen glänzend besucht und von einem großen agitatorischen Erfolge begleitet.

Die Kreisorganisation Trautman feierte den Internationalen Jugendtag bereits am 3. September in Form eines Grenzjugendtreffens am Spindlerpaß. Die Kundgebung war wahrhaft international, da neben unserem Redner auch reichsdeutsche und tschechische Genossen zu Worte kamen. Unsere Trautmaner können auf das Treffens stolz sein. Außerdem fand am 6. Oktober in Kaszig eine schöne, gut besuchte Versammlung statt, der am Tage vorher ein Festzug vorausging.

Unsere Kundgebungen standen überall im Zeichen des Kampfes gegen Krieg, Militarismus und Reaktion. Sie waren Kampfanlage an die bürgerliche Welt. Die versammelte Jugend legte das glühende Bekenntnis zur Internationale, der Kampfgenossenschaft der Arbeiterklasse, ab. Sie gelobte, die Idee der Solidarität, der Völkerverbrüderung vorwärtszutragen bis zum Tode.

Aber nicht nur das. Am 27. Oktober finden die Parlamentswahlen statt und die Jugend hat das größte Interesse an dem Siege der sozialdemokratischen Partei, da sie weiß, daß wirtschaftliche Not und Militarismus erst dann beseitigt werden können. In nahezu allen Kundgebungen nahm die sozialistische Jugend zu den Wahlen Stellung und gelobte, Schulter an Schulter mit den Erwachsenen, alle Kräfte in den Dienst der Partei zu stellen.

Noch in keinem Jahre wurde der Internationale Jugendtag so gefeiert. Im nächsten Jahre müssen die Kundgebungen noch größer werden! Immer mehr jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter schließen sich der sozialdemokratischen Jugend an und kämpfen gegen Parlamentarismus und Volkswelt. Unser Jugendtag war ein erneuter Anstalt zu diesem Kampfe.

Jugend, mit allen Kräften an die Arbeit, wir schreiten vorwärts. Es lebe die Sozialistische Jugendinternationale!

Rechnet mit ihnen ab wegen ihres Militarismus!

Was haben Landbändler und Christlichsoziale dem tschechoslowakischen Militarismus gegeben?

Arbeiter und Angestellte, Frauen und Mütter, Jugendliche, Kriegsbeschädigte!

Wenn Ihr am 27. Oktober wählen geht, dann haltet Euch aus dem Gesamtregister der Sünden des Bürgerblocks und der deutschen Regierungsparteien folgenden besonderen (nur teilweisen) Auszug aus den militärischen Taten der Landbändler und Christlichsozialen vor Augen:

Christlichsoziale, Landbändler und deutsche Gewerbetreibende haben gestimmt:

für ein jährliches Militärbudget von 1400 Millionen, für den geheimen Rüstungsfonds von jährlich 315 Millionen bis zum Jahre 1937, gegen die Herabsetzung der Präsenzdienstzeit um vier Monate, gegen die normale Löhnung für kranke Soldaten, für das Nachziehen der durch Krankheit oder Gesundheitsurlaub veräumten Zeit, für die Aufhebung des Soldatenwahlrechts, gegen die Feuerungszulagen für die Mannschaft, gegen die Regelung der Unterhaltsbeiträge, für die zwangswise Unterbringung längerdienender Unteroffiziere im Zivildienst, für die halbe Wiedereinführung des Einjährigendienstes, gegen die volle Entschädigung der im Militärdienst Verunglückten, gegen die Erhöhung der Kriegsbeschädigtenrenten, für die Herabsetzung der Soldatenlöhnung, für die Erhöhung der Offiziersgehälter!

Sie sieht das Schuldkonto — wir betonen nochmals, daß es nur ein Auszug daraus ist — nach knapp drei Jahren „aktivistischer“ Regierungstätigkeit allein auf dem Gebiete des Militarismus aus.

Wenn Ihr die Fortsetzung und Verschärfung dieser militaristischen Politik, wie sie derzeit reaktionärer und rücksichtsloser in keinem anderen Staate Europas mit demokratischer Verfassung geübt wird, verhindern wollt,

dann jagt die Schuldigen zum Teufel,

rechnet ab mit den nun rotweiß gefärbten Schwarzgelben, mit den grünen Agrariern, mit den Gewerbetreibern, die in Wahrheit Volksverderber sind!

Wer den Militarismus bekämpfen, die Abrüstung fördern will, der hat zur Wahl weder Wahl noch Qual, sondern der entscheidet sich für die einzige Friedenspartei in der Republik: für die deutsche Sozialdemokratie!

Gegen den Militarismus — die Liste vier!

Der „anständige Wahlkampf“ der Bürgerlichen: Aus der agrarischen Sudelküche.

Herr Minister Dr. Spina, schämen Sie sich!

Die landbändlerische „Heimat“, das selbe Blatt, dem wir das geflügelte Wort von den „großen Knödeln“ danken, mit denen die Regierungsparteien für ihre Lokalität belohnt werden, trägt kein Scherflein zum Wahlkampf bei. Aus seinem Rißstiel spricht folgende zarte Blauge unverfälschtester Lügenjournalistik:

„Wertwüchsig ist es, daß von den sämtlichen roten Führern kaum je einer aufzugeben ist, der erstens ein Arbeiter ist und zweitens sein Stücklein Brot wie die von ihnen geschilderten Proleten mit Nummer 14. Der Wiener Mäntel-Singer war vielfacher Millionär. Die Viktor Adler und Sohn Friedrich Adler schwerreich. Als der ehemalige Tischler, dann sozialdemokratische Führer August Bebel starb, hinterließ er ein Millionenvermögen. Der Kommunist Kreibitz ist mehrfacher Millionär wie der Kommunist Smeral. So könnte man die Liste beliebig fortsetzen, doch müßte das ermüden. In Prag gab es vor einigen Tagen eine kleine Sensation. Vor einem der größten Luxushotels fuhren eine unübersehbare Reihe der teuersten Kraftwagen, je Wert von 120.000 bis 200.000 Kronen aus und die Zeitungsreporter brachten endlich heraus, daß es nicht etwa ausländische, exotische Aristen seien oder gar eine Konferenz der Entente ... nein, bloß die Führer der sozialdemokratischen Partei, die zu einer Wahlkonferenz zusammengekommen waren. Durchwegs eigene Chauffeure, eigene Wagen. Zwar hieß es, daß diese dieser Luxuwagen nicht von eigenem Gehalt gekauft worden seien, sondern Defillate von Großindustriellen. Sogar Banken sollen ein gutes Wort getan haben! Als der vorwichtige Zeitungsberichterstatter eines Prager Blattes, nachdem die „Potentaten“ im Hotel verschwunden waren, einen der Kraftwagenführer gegen ein angemessenes Trinkgeld herumbrachte, einen der vornehmsten Wagen anzuschließen, um das Innere besichtigen zu können, fand er zu seinem Erstaunen unter einem Hüßler ein Kleiderpaket von auffallender, unansehnlicher Abgetrageneheit. Als er den Wagenführer verdußt fragte, was doch in so einem noblen Auto ein so schäbiges Gewand zu tun habe, wollte der erst nicht heraus, lachte aber dann verstimmt den Zeitungsmann an und raunte ihm ins Ohr: „Ja, meistens denn, die könnten sich vor ihren Arbeitern als vornehme Kavaliere sehen lassen, wenn sie ihre Wählerversammlungen abhalten? Da müssen ja Genossen sein! Und a wengerl schlimmer bestellt, wie die Zuhörer! Sowaas ziehl! Und wenns heißt — die Roten kriegen halt den Abgeordneten-

gehalt net, sondern den größten Teil der Partei, so ist das halt auch so a Dreh, denn auf der andern Zeit schanzl ihnen die Geldgroßmacht a paar mal mehr zu. Gscheit muh ma sei!“

Der Reporter wollte nichts weiter von dem redseligen Wagenführer wissen und sagte davon zuhause bloß a bissel was selner Alten und die hats wieder nur einigen Nachbarinnen gesagt. — Na und so ist die Sach doch auskommen, trotzdem sie der Berichterstatter nicht in die Zeitung eintrug.“

Wir mußten diese dummdreiste Schauerermärchen zur Gänze abdrucken, um der breiteren Defektivität eine Vorstellung dessen zu geben, was die Landbändler als Argument im Wahlkampf ansetzen und was sie den Bauern, die sie ansehnend für Analphabeten halten, alles zu glauben zumuten. Eine Erwiderung erübrigt sich, hier ist jedes Wort erkunten und erlogen, jede Behauptung aus den schmierigen Fingern eines gewissenlosen Juchsen gezogen.

Es würde uns doch interessieren, was man im bürgerlichen Lager, wo es „am reinsten“ ist, was man etwa in der „Bohemia“ oder bei Rofche und Kasza, für die doch die „Heimat“ wirkt, deren Parteiorgan sie doch geworden ist, was man im engsten Kreise des Herrn Spina von solcher Polemik hält! Es vergeht kein Tag, ohne daß ein bürgerliches Blatt sich über die Notwendigkeit eines anständigen und sachlichen Wahlkampfes äußert. Die Deutschpolitische Arbeitsstelle, das gemeinsame Institut der Aktivistin und Regativisten hat einen Appell zum anständigen Wahlkampf ausgegeben. Versteht man denn im bürgerlichen Lager unter „anständigem Wahlkampf“ wirklich nichts anderes als knieweiche Haltung vor dem Gegner, wie sie die Bürgerlichen untereinander lieben? Wenn der Herr Dr. Medinger keinen Gegnern Komplimente macht, die lediglich davon zeugen, daß der Herr Medinger keine eigene Meinung hat oder daß eben im bürgerlichen Lager im Grunde alles eins ist, so wird das als sachlicher Wahlkampf gepriesen. Wenn aber eine landbändlerische Zeitung, für die heute auch Rofche und Kasza moralisch verantwortlich sind, sich in hemmungslosen Verleumdungen der Sozialdemokratie ergeht, die den Stempel der schamlosen Lüge nur zu deutlich an der Stirn tragen, so nimmt davon — eins zu hundert gewettet! — nicht ein bürgerliches Blatt Notiz.

Wir fordern die bürgerliche Presse, die mit der „Heimat“ verbündete Kasza-Presse vor allem, zur Stellungnahme auf. Wir fragen sie, ob sich die Haltung der „Heimat“ mit den Begriffen politischen und journalistischen Anstands verträgt. Wir fragen den Herrn Minister Spina:

Schämen Sie sich, Herr Minister, als Politiker und Universitätsprofessor denn gar nicht, wenn Ihre Presse so faustdick, so ordinär lügt?!

Und wenn Sie einer Arbeiterpartei gegenüber keine moralischen Hemmungen haben, schämen Sie sich nicht, daß Sie vor aller Welt zu Argumenten greifen, denen auch der dümmste Ihrer Wähler anmerken muß, daß sie vom Anfang bis zum Ende erlogen sind?!

Bom Hundjunt.

Donnerstag.

Prag: 11.15 Schallplattenmusik. 12.30—13.30 (Erhebung in Brünn und Schönbach) Konzert. 16.30—17.35 (Erhebung in Brünn) Konzert. Samstagskonzert. 17.35 (Erhebung in Brünn) Konzert. 18.30—19.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 19.30—20.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 20.30—21.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 21.30—22.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 22.30—23.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 23.30—24.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 24.30—25.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 25.30—26.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 26.30—27.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 27.30—28.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 28.30—29.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 29.30—30.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 30.30—31.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 31.30—32.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 32.30—33.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 33.30—34.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 34.30—35.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 35.30—36.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 36.30—37.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 37.30—38.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 38.30—39.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 39.30—40.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 40.30—41.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 41.30—42.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 42.30—43.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 43.30—44.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 44.30—45.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 45.30—46.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 46.30—47.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 47.30—48.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 48.30—49.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 49.30—50.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 50.30—51.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 51.30—52.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 52.30—53.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 53.30—54.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 54.30—55.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 55.30—56.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 56.30—57.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 57.30—58.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 58.30—59.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 59.30—60.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 60.30—61.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 61.30—62.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 62.30—63.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 63.30—64.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 64.30—65.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 65.30—66.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 66.30—67.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 67.30—68.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 68.30—69.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 69.30—70.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 70.30—71.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 71.30—72.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 72.30—73.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 73.30—74.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 74.30—75.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 75.30—76.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 76.30—77.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 77.30—78.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 78.30—79.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 79.30—80.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 80.30—81.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 81.30—82.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 82.30—83.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 83.30—84.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 84.30—85.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 85.30—86.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 86.30—87.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 87.30—88.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 88.30—89.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 89.30—90.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 90.30—91.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 91.30—92.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 92.30—93.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 93.30—94.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 94.30—95.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 95.30—96.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 96.30—97.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 97.30—98.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 98.30—99.30 (Erhebung in Brünn) Konzert. 99.30—100.30 (Erhebung in Brünn) Konzert.

Tagesneuigkeiten.

Moru..

Einig ging ein Weiser über die Welt, der hatte kein Haus, keinen Orden, kein Geld. Er predigte Erbarmen und ging zu den Kranken und Armen. Laut tönten seine Klagen. Er wurde ans Kreuz geschlagen. Unter Bliz und Donnerwetter: „ausen die Reichen sich andere Götter: sildisch, brutal, verrucht, von allen guten Geistern verflucht, und hängen mit frommem Geseum einen christlichen Mantel sich um. Das ist schon lange her mein Sohn. Sie setzten das goldene Kalb auf den Thron. Was Menschlichkeit! Was Brüderlichkeit! Wie lächerlich: Wer zwei Köde hat, der sorge für den, der keinen hat ... Sei klug: und erb' und spezialier' oder du bleibst ein Arbeiter — Ich bin Millionär und lauf dich mir, Behr' dich, ob du was bezweckst! Wein bist du, bis du verreckst. So müchten Sie's ewig treiben. Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. Waffen und Politisten erzziehen geduldige Christen und lehren dem Pöbel Bescheidenheit vor Gott und der hohen Obrigkeit. Karl W. Meher.

Klassenlotterie.

Eine Million Kronen: 83.454. 20.000 K: 69.893. 5000 K: 6211, 45.304, 64.026, 78.009, 93.348, 95.337, 106.440, 108.705, 122.515, 124.566, 128.078, 147.455. 2000 K: 861, 2015, 3426, 10.079, 10.208, 36.313, 38.198, 38.354, 40.366, 48.584, 56.120, 60.136, 60.765, 76.630, 78.439, 88.530, 103.341, 107.039, 112.650, 116.801, 135.221, 139.954, 148.940, 147.273, 148.395, 151.742, 151.897, 153.655, 162.417, 165.995, 172.861. 1000 K: 1783, 5721, 9222, 9678, 13.912, 15.241, 16.890, 18.065, 18.915, 19.299, 19.520, 21.648, 21.899, 31.323, 31.454, 35.922, 37.148, 37.474, 41.368, 43.598, 48.388, 49.479, 50.320, 51.435, 52.712, 54.481, 60.441, 67.700, 68.774, 71.870, 80.491, 82.409, 83.146, 85.996, 89.946, 94.985, 95.239, 95.474, 96.829, 97.610, 101.343, 105.788, 110.117, 111.175, 118.649, 118.791, 119.289, 123.560, 124.624, 126.039, 126.087, 128.245, 128.360, 128.616, 130.408, 132.283, 138.881, 139.556, 143.381, 144.993, 144.075, 145.172, 146.489, 147.612, 158.367, 159.425, 160.315, 160.525, 161.544, 163.825, 164.938, 170.816, 171.211, 174.712.

Der B. d. L. fordert auf, sozialdemokratisch zu wählen ... Die „Landpost“ schrieb dieser Tage:

Wir brauchen also vor einem sozialistischen Wahlsieg keine Befürchtungen zu hegen. Je größer dieser Wahlsieg sein wird, um so größer wird auch die Verlegenheit bei den Sozialisten selber sein, denn dann — nach den Wahlen wird der ganze sozialdemokratische Phrasenkomples auf einmal zusammenbrechen.“

Also erhofft sich die „Landpost“ von einem sozialdemokratischen Wahlsieg nur Gewinn für ihre Sache. Der denkende Bauer kann das nicht anders verstehen, als daß er nun, um den Sozialisten rechte Verlegenheit zu bereiten, sozialdemokratisch wählt. Es wäre aber gut, wenn die „Landpost“, die ihrer Sache so sicher ist, auch für den gedankenlosen Wähler, an den sie sich in der Regel wendet, die Erkenntnis klar formuliert und es rundweg ausdrückt, daß man die Sozialdemokratie am besten schädigt, indem man ihr zu einem Wahlsieg verhilft. Man laze also den Bauern, sie mögen sozialdemokratisch wählen und warte dann ruhig, bis der „Phrasenkomples auf einmal zusammenbrechen“ wird!

Massentod unter eingestürzten Stadtmauern. „Matin“ berichtet aus Meknes in Marokko, daß dortselbst die alten Stadtmauern aus dem 17. Jahrhundert in einer Gesamtlänge von etwa 100 Metern einstürzten. Acht Häuser, deren hintere Mauern von den Stadtmauern angeschlossen wurden, sind zusammengefallen. Wähler wurden aus den Trümmern 11 tote Eingeborene herbeigezogen.

Ein Schauerroman der Spionage.

Ein höchst geheimnisvoller und beunruhigender Zusammenhang wird jetzt hergestellt zwischen einer Reihe von Morden, die in Frankreich geschehen sind und bis heute unaufgeklärt blieben. Während des Krieges, im Jahre 1917, erregte der Tod des Redakteurs der anarchistischen Zeitschrift „Le Bonnet rouge“ („Die rote Mütze“) großes Aufsehen. Miguel Amereyda, ein Spanier, der Herausgeber der „Roten Mütze“, war nicht nur Anarchist, sondern auch eifriger Geschäftsmann, und stand in Verbindung mit deutschen militärischen und industriellen Kreisen. Wegen Spionage und Landesverrats in Untersuchung gezogen, fand man eines Tages Amereyda in seiner Zelle im Gefängnis zu Fresnes mit seinen Schuhschnüren erdrosselt vor. Man glaubte nicht an einen Selbstmord, die allgemeine Meinung war, daß der „Tiger“ Clemenceau den anarchistischen Spion erdrosseln ließ, um den peinlichen Folgen einer öffentlichen Verhandlung in der Sache, in die sehr einflußreiche Kreise verwickelt waren, zu entgehen. Nun fand man vor einigen Wochen in der französischen Provinzstadt Ville in einem Reiseforb die Leiche eines ermordeten jungen Mannes. Der Ermordete war ein gewisser Frederic Rigaudin. Der den Mord begangen hatte, welches das Motiv des Mordes war, unter welchen Umständen die Tat geschah, konnte nicht erforscht werden. Diese zwei geheimnisvollen Mordfälle, zwischen denen die Zeit von zwölf Jahren liegt, sollen nun durch einen dritten Mord in Zusammenhang gebracht werden. Vor ungefähr sechs Monaten fand man eine Frau Blanc mit einem Handtuch erdrosselt in ihrer Wohnung auf. Auch diese Tat konnte nie geklärt werden. Frau Blanc war aber seinerzeit die Zimmervermieterin des Anarchisten Amereyda und in seine Geheimnisse eingeweiht. Es wird sogar behauptet, daß die Auftragsgeber Amereydas Frau Blanc im geheimen zur Ueberwachung des Spions benützt hätten. Der jetzt als Leiche im Reiseforb gefundene Frederic Rigaudin ist aber niemand anderer — als der Sohn der Frau Blanc. Ein französisches Provinzialblatt bringt jetzt eine lange Darstellung einer ungenannten Persönlichkeit, die auf die Zusammenhänge in diesen geheimnisvollen Mordfällen hinweist und behauptet, Frau Blanc und Frederic Rigaudin wären im Besitze von Dokumenten über die Geheimnisse Amereydas gewesen und hätten deswegen sterben müssen. Ob der Tod dieser durch die Fäden einer schmutzigen Spionagegeschichte verbundenen Menschen nur ein Zufall ist oder ob ihr Ende wirklich im Zusammenhang mit der Spionagegeschichte steht, ist eine Frage, die wahrscheinlich nie geklärt werden kann. Aber der Verdacht allein genügt jedenfalls zur Unterstützung der Anregung der englischen Arbeiterregierung, den unnützen und schändlichen Intrigen der internationalen Militärspionage ein Ende zu machen.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch (18-2), 7 Uhr, Gastspiel Emma Sturm: „Die erste Beste“. Donnerstag (19-3), 7 1/2 Uhr: „Tosca“. Freitag (20-4), 7 Uhr, Gastspiel Emma Sturm: „Die erste Beste“. Samstag (21-1), 7 1/2 Uhr: „Rivalen“. Sonntag, halb 3 Uhr, Arbeitnehmervorstellung: „Kinodivogin“; 7 Uhr Gastspiel Emma Sturm: „Die erste Beste“. Montag Gastspiel Fritz Wolff, 7 Uhr: „Carmen“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch: „Weekend im Paradies“. Donnerstag Kulturverbandstunde: „Weekend im Paradies“. Freitag: Premiere „Trio“. Samstag: „Trio“. Sonntag, 3 Uhr: „Weekend im Paradies“; 7 1/2 Uhr: „Grand-Hotel“. Montag: „Weekend im Paradies“.

Finale.

Von Robertus.

Das Dunkel der Nacht tat wohl. Ricardo hatte sich mit allen Sinnen in die Musik hineingelassen. Anfangs war ihm zwar vorgekommen, als könne er von seinem in einer einzigen Richtung festgefahrener Denken nicht fort. Nun war er aber dennoch hinüber und sah starr lauschend da. Ein hoffnungsloser Wunsch wachte in ihm: das Spiel sollte nicht mehr aufhören.

Doch die Musiker gelangten zu Ende. Mit einem schweren Schrei rang das Stück aus. Verflört und überreizt empfand Ricardo das Beifallsstößen ringsum gleichsam mit ganzem Körper. Der Kapellmeister neigte sich stolz lächelnd ins Licht der Lampione. Ricardo geriet darob unerklärlicherweise in solche Erregtheit, daß er mit einer nervösen Handbewegung sein Glas umstieß. Während bestellte er neuen Wein beim Kellner, der ihn geringschätzig wack, und trank sinnlos viel während der langen Pause. Doch wie er sich auch verausachen mochte, immer kehrte der eine quosvoll zerkende Gedanke wieder; er hatte kein Geld mehr.

Ricardo rang nach Luft. Eine furchtbare Angst war über ihn herabgefallen. Er atmete sich für den Moment noch Mut an. So wollte er herausfordernd umher, doch er hätte sich, das fühlte er, überaus gerne einem der vielen Men-

Freitag, den 25. Oktober, 8 Uhr abends findet im Saale der Urania, Prag II., Smečtagasse, eine

öffentliche Wählerversammlung

der deutschen Sozialdemokratie statt, in der die Kandidaten Genosse **Dr. Emil Strauß**, Mitglied der Landesvertretung, und **Franz Rehyba**, Bankbeamter, sprechen werden.

Wähler, kommet, höret, urteilt!

Sport * Spiel * Körperpflege

Offizier und Burische.

Friedmann (Berlin), ein ehemaliger ungarischer Offizier, hatte das Glück, vor Uebernahme der Wacht durch Horthy aus Ungarn noch flüchten zu können. Wohlweislich rettete er vorher sein Vermögen. Sein Leben ist deshalb nicht schlecht. Er verfügt über ein neues, modernes Auto — Eigenbesitz natürlich. Um den Arbeitersportler auf den Plätzen, in den Heimen, auch in Dunkelkammern (Zellen), Privatwohnungen die neue Heillehre des 6. Weltkongresses zu bringen, ist ein Auto wohl selbstverständlich. Eine Sekretärin ist wohl auch unbedingt erforderlich? Was nun der simple Arbeitersportler diese Lehre nicht begreifen, so hilft Geld nach. Friedmann hat, der Glückliche! Woher? Das kann dem gewöhnlichen Proleten egal sein, denn dieser hat nach den Lehren der Komintern keine Kapitalien anzusammeln. Um nach den Lehren der Komintern den Kapitalismus schlagen zu können, ist besagter Friedmann in Berlin Häusermaler. Eine nette, einträgliche Beschäftigung, bei der Friedmann noch Zeit hat, den Arbeitersportler einzureden, daß die Arbeitersportler streiken müssen, um die Regierung zu zwingen, den Arbeitslosen eine größere Unterstützung zu geben.

Zieht man „DKK“ im Auto so sitzen und lenken, so glaubt man gar nicht, daß dies ein „idealer Weltrevolutionär“ sei. Eher ist man der Auffassung, daß dieser Herr Friedmann in das Lager der Bombenleger gehört. Wie lange wird wohl seine Gastrolle bei den Arbeitersportlern dauern? Der Herr fühlt sich innerlich dort nicht wohl. Man sah es ihm an, was er dachte, als er am Heimfalltage des Komitees für Uneinigkeit am Leipziger Rennbahnplan vorbeifahr. Ungefähr folgendes vertieren seine Gesichtszüge: „Ach, ah, was ist das für ein Paß, sein bisheriger revolutionärer Geist in ihnen.“ Am gleichen Tage besuchte Fr. sein „Voll“ auf der Schafwiese in Lindenau. Zur Kellame nahm er einen Proleten in sein Auto. Arm und reich lagen sich in den Armen. Bemerkte sei noch, daß Friedmann an alten Häusern im Stadteil Lindenau anscheinend besonderes Interesse hat. Warum? Deshalb? Kann man es wissen? Von Berlin fährt er sonntäglich mit den notwendigen „Begleitungen“ ganz verzückt nach Lindenau zu dem alten Bau und wartet — wartet — vermutlich auf den Zusammenbruch der Grotte.

Friedmann ist als Offizier an mehrere Gänge beim Essen gewöhnt. Bei Jellensitzungen der oppositionellen Arbeitersportler, an denen auch landproletarische Arbeitersportler teilnehmen, die arbeitslos sind, diniert Fr. mit Behagen. Ihm schmeckt um so besser, je mehr hungrige Proleten zusehen. Aber bitte! Friedmann ist auch sehr sehr feixid! Aber nur dann, wenn es gar nicht anders geht. Da rollt der Rubel! Wie soll ihr ihn nach seiner Geldquelle befragen.

Berlin ist nach Friedmann ein Dorf. Vergnü-

gen gibts dort nicht! Friedmann fährt deshalb per Auto von Berlin nach Leipzig-Schönefeld — zum Vergnügen. Es hat ihn in Schönefeld so gut gefallen, daß er nach drei Tagen in der Dunkelheit nochmals kam. Ja, vor lauter Vergnügen kommen die Schönefelder nicht auf den Gedanken der Weltrevolution Friedmann, der Weltretter, der Messias der geistig Minderwertigen, hilft selbstlos.

Als Offizier hat Friedmann noch eine üble Angewohnheit beibehalten. Den Burschen. Sein Bursche ist jung, willig und froh, ihm zu dienen. Sein Name? Er kommt vor dem „Herbst“. Ein Verein im Südosten Leipzigs hat diesen Burschen vor kurzen unanfast abgehoben, weil er für eine ausländige Arbeit im Arbeitersportlager nicht zu gebrauchen war. Im Konsum und Gewerkschaft kam er nicht unter. Sein Aufenthalt ist Leipzig. Aber der Bursche muß doch eigentlich beim Offizier wohnen, und letzterer wohnt doch in Berlin. Oh, keine Angst. „Die Stimme seines Herrn“ wird ihm platenweise geliefert. Die Arbeit des Burschen Sommer? Offiziersburschen haben immer die übelste Arbeit verrichten müssen.

Aber Friedmanns Bursche darf auch schreiben oder auch „stottern“. Und so schrieb er sogar im Leipziger Anbessfährchen, daß der „Kampf der Reformierten gegen die reformistische Presse entbrannt“ sei. „Herbst“ in die ... „Die Stimme seines Herrn“. Ja, es war schon früher so, auf Intelligenz legten die Offiziere bei ihren Burschen seinen Wert. Es ist deshalb kein Wunder, wenn diese Burschen immer und immer wieder hineingelagt werden. Aber halt! Einen Trost hat er! Dem ungarischen Gulash gibts genau so.

Die Vorstandskonferenz der Leipziger Fußballer dankte für Gulash, das ungarische Offiziere zumwengerädet haben. Ungenießbares Zeug! Sie dankt für Lenins Rezepte. Alle Vorstände wurden getreu nach Faust gefragt: „Erklärt euch, ehe ihr weitergeht, was wählt ihr für eine Fakultät?“ Die Vorstände hatten nun kein Verständnis für Faust und wollen von Abenteurern und Burschen ohne organisatorische Kenntnisse und Beschäftigung, ohne proletarisches Empfinden, nicht wissen.

(Aus „Volkszeitung“, Leipzig.)

Die Fußballmannschaft Gartig bei Auffig weite Samstag und Sonntag in Sachen, und zwar im Dresdener Bezirk. Samstag spielte Gartig gegen Janderode 2:4 und Sonntag gegen Birklitz 3:6. Gartig war technisch seinen Gegnern unterlegen und erzielte dies durch größeren Spielleifer, dessen Erfolg ein gutes Abschneiden bildete.

Abgeklärt. Wie das kommunistische Berliner Blatt „Sport und Spiel“ mitteilt, hat die Leitung der Berliner SPD-Sportbewegung den zweiten Geschäftsführer von „Sport und Spiel“, Sewelow, abgesetzt. Bei der Spaltung in Berlin war Sewelow linientreuer Wortführer unter den Ruderern und Paddlern und platze fast vor „revolutionärer“

schien auf der Terrasse kindlich mit seinem Leid unvertäut. Aber niemand beachtete ihn. Bald senkte er verzagt den Kopf, wußte sich sehr allein und ungeliebt. Er ballte ohnmächtig verzweifelt die Fäuste, bis sich die Nägel tief ins Fleisch verbobrien. Tiere, dacht, er, schöne herzlose Tiere. Er haßte sie alle.

Die Stimme seines aufgepeitschten Blutes überschrie selbst das Rauschen der Brandung unten. Er sprang empor. Doch rechtzeitig noch schrak er vor dem wahnsinnigen Vernichtungswillen zurück, der unvermittelt in ihm aufgelodert war. Er nahm ruhig wieder Platz. Nein, er wollte niemand mitreißen, er durfte keine Schuld auf sich laden.

Da setzte die Musik mächtig von neuem ein: das berühmte Finale aus Verdis „Aida“, zweiter Akt.

Vier Posaunen stachen aus dem Orchester. Ihr Hallen erschütterte ihn, wie nie ein Ton zuvor. Alle Schwere sank. Und plötzlich empfand er sonderbar klar, dabei fast schmerzlos, daß er nicht mehr leben könne.

Von der Musikschule ausgeschlossen, aller Mittel bar, hatte er vor Wochenfrist seine Geige verkaufen müssen, und heute nacht noch dieser Diebstahl, der ihn seines letzten Geldes beraubte. War er da irr geworden an sich und an der Welt? — Gleichviel, er wollte nicht mehr in Klavierstunden gegen die Unbegabung fremder gepugter Kinder kämpfen, nie wieder in Bars spielen, Dirnen und protigen Wüstlingen zu

Gefallen. Mochten fremde Menschen auch seine Unmöglichkeit, weiterzuleben, noch so lächerlich finden: die Gewalt seiner letzten Tat sollte sie alle verstummen lassen.

Etwas Unerhörtes ist geschehen. Dem Kapellmeister hat ein halbwüchsiger Junge den Taktstock aus der Hand gerissen, hat den Ueberwaschten zur Seite gedrängt und dirigiert selbst das „Aida“-Finale weiter. Nach einem ganz kurzen Zögern haben sich die Musiker dem neuen Führer gefügt, der die Partitur aus dem Gedächtnis beherrscht. Das Publikum hat nichts von dem Vorgang bemerkt. Nach Beendigung des Stückes spendet es um so reicheren Beifall, als die Musik in einer begeistert aufwühlenden, neuartigen Auffassung gebracht worden war. Da die Nächsttündenden endlich begreifen, daß statt des Kapellmeisters ein unbekannter rothaariger Junge dirigiert hat, wird der Applaus zum Rasen. Der Kapellmeister steht neben dem Jungen und dankt für ihn, denn dieser rührt sich nicht. Staunen durchfährt die Menge. Lichte Frauenkleider, dunkle Smoking's stoßen sich im Leuchten der Lampen, ein einziger Schrei nach Wiederholung erkallt: Da capo!

Doch der Junge schlägt ab mit beherrschter Handbewegung. Ohne sich um jemand zu kümmern, geht er wortlos durch die ihm zünbelnden Menschen, erreicht das Geländer am Rand der Terrasse und stürzt sich in die Tiefe.

Das Meer dröhnt durch atemlose Stille: Finale ...

VERLANGET UEBERALL



Ueberzeugung. Deht ist das kommunistische Paradespferd unter die Krümper geschickt worden. Es ist nicht das erste und wird nicht das letzte sein.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Sozialistische Jugend, Prag: Mittwoch, den 23. da, in der Schwimmhalle (Klementla) Turn- und Schwimmbad. Beginn 8 Uhr. Bringet Eure Turnvereinslegitimationen mit! — Vorher (ab 6 Uhr) Wahlarbeiten im Verein deutscher Arbeiter. Bestimmt kommen!

Bereinsnachrichten.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag

Turnerinnen, Turner, Achtung! Donnerstag, den 24. Oktober, halten wir unsere Turnstunden im Sec-Speiseaal, Prag II., Jägerstr. nam 4, ab. Beginn: Turnerinnen 7 Uhr, Turner 8 Uhr. Erscheinet alle! Pünktlich sein! Der Turnwart.

Literatur.

Ein Lehrbuch der tschechoslowakischen Geschichte.

Ernst Czuczka, der schon ein paar interessante Bücher zur Geschichte der Tschechoslowakei geschrieben hat, hat soeben ein Lehrbuch der Geschichte des tschechoslowakischen Staates für die unteren Klassen der Mittelschulen (erschieden Neichenberg 1920, Nordböhmischer Verlag) herausgegeben.

Das Buch ist klar geschrieben, der Stoff auf nicht ganz hundert Seiten zusammengebrängt; es wird nicht nur die politische, sondern auch die Wirtschaft- und Kulturgeschichte der böhmischen Länder erzählt, wobei allerdings die Wirtschaftsgeschichte zu den schwächeren Partien gehört.

Wogegen wir uns allerdings mit aller Schärfe wenden müssen, ist, daß ein deutscher Schriftsteller den tschechischen Ortsnamen durchwegs den Vorgesang vor der deutschen Bezeichnung gibt. Man ließe sich das bei Orten in rein tschechischen Gegenden gefallen, daß aber Czuczka sich sogar vor dem Ausdruck „Prag“ fürchtet, die Reichshauptstadt Praha nennt und nur in Klammern Prag hinzufügt, ist doch ein starkes Stück und übertrifft noch die Manieren der „Prager Presse“. Der Verfasser kennt ebenso nur Kutná Hora, während ihm Kuttenberg unbekannt zu sein scheint, Svitavy (Zwittau nur in Klammern), er sagt ausschließlich Pizen und Budjovicie, Pilsen und Budweis sind ihm spanische Dörfer, Karlows Vary (Karlsbad existiert nur in der Klammer), er kennt nur Prachowitz, aber nicht Prachatitz, Teplitz, aber nicht Teusz, und sogar den deutschen Spätien Auffig und Tschau kann er nicht auf den Namen kommen. In der ganzen deutschen Welt redet man von der Schlacht am Weigen Berge, Czuczka sagt Břlá Hora. Diese Manieren des Autors müssen entschieden abgeurteilt und abgelehnt werden. Derselbe Geist spricht übrigens auch aus der Tatsache, daß dem deutschböhmischen Bauernaufstande von 1609 ein Satz, dem Aufstand der tschechischen Choden aber ein ganzes Kapitel gewidmet ist. Auch die unfruchtliche Art, wie die Kaiser Josef-Legende serviert wird, ist abzulehnen.

So ist Czuczka's Buch, im Gegensatz zu vielem, was er früher geschrieben hat, keine erfreuliche Erscheinung. E. Z.

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch. Chefredakteur: Wilhelm Richter. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Em. Schönb. Druck: Kato K. S. für Zeitung- und Buchdruck. Preis für den Druck veranmordlich Otto D. o. h. Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Boh. a. Telegraphen-Verkehr mit Erlaß Nr. 127 451/1919 am 14. 10. 1920 bewilligt.

Für Jünglinge 14-18 Jahre

Winter-Raglans

große Auswahl v. K. 300.-

Blauer zweireihiger

Anzug . . . v. K. 360.-

Smoking-Anzug

10r. Lanzstunden



HIRSCH, PRAG,

Zelcna 14

Schutzmarke.